

ALiNa

Altonaer
Linke Nachrichten

ALiNa Nr. 12 · Sommer 2017

Im Heft:

Vorgestellt:

Der Hamburger Spitzenkandidat für Berlin und weitere KandidatInnen aus Altona und Hamburg

Im Interview:

Jan van Aken (MdB)

Eine Abrechnung mit der Politik der G20

Was los ist im Bezirk, aktuelle Brennpunkte und mehr

Die Zukunft,
für die wir kämpfen:

SOZIAL
GERECHT
FÜR ALLE



24. September

DIE LINKE.

IN VERANTWORTUNG FÜR DEN FRIEDEN – DIE LINKE WÄHLEN!

Die deutsche Regierung ist direkt oder indirekt beteiligt an der US/NATO-Kriegsführung in Syrien, Afghanistan, Jemen, Libyen, im Irak, in der Ukraine und in Mali, um nur die grausamsten Kriege zu nennen. Nirgendwo ist eine Waffenruhe in Sicht. Gleichzeitig trägt sie – nicht nur mit dem ideologischen Aufbau des Feindbildes Russland, sondern auch sehr konkret – zur Zuspitzung der realen Gefahr eines großen Krieges bei. Dazu mehrere Beispiele:

Nach wie vor werden Drohnenmorde von Deutschland aus gesteuert: Von Ramstein gehen bei der Koordinierung der Angriffe durch eine auf der Basis installierte Satelliten-Relais-Station mit der Bezeichnung SATCOM dadurch tagtäglich Tod, Leid, Terror und Verderben aus.

Wie die junge Welt berichtete, wurden vom 4. bis 8. Januar das Gerät und die Fahrzeuge der 3. Kampfbrigade der 4. US-Infanteriedivision »Iron Brigade« im Rahmen der Operation »Atlantic Resolve« (Atlantische Entschlossenheit) an die polnisch-russische Grenze transportiert: Mehr als 2.500 Stücke Frachtgut der Brigade wurden in Bremerhaven entladen und hauptsächlich mit Güterzügen an die russische Grenze nach Polen befördert. Zur Ausrüstung der 3. Kampfbrigade gehören 446 Kettenfahrzeuge, 907 Radfahrzeuge sowie 650 Anhänger und Auflieger. Darunter befinden sich unter anderem 87 Kampfpanzer, 144 Bradley-Schützenpanzer, 18 Panzerhaubitzen sowie 419 geländegängige Fahrzeuge (Humvees).

Im neuen Weißbuch werden für die nächsten 15 Jahre Ausgaben für die Bundeswehr in Höhe von 130 Milliarden Euro angekündigt – das läuft auf eine Verdopplung hinaus, allein für Modernisierung und Beschaffung von Waffen und Material. In der NATO wurde vereinbart, dass der Militärhaushalt insgesamt auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen soll. Das

würde hierzulande offiziell einen Mehraufwand von derzeit rund 34 Milliarden auf knapp 71 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten. Das Ziel der deutsch dominierten EU ist autonom Krieg führen zu können. Das ist auch ein gutes Geschäft für die deutsche Rüstungsindustrie.

Der Rüstungskonzern Rheinmetall etwa will nach Informationen deutscher und türkischer Medien in politisch enger Zusammenarbeit mit dem türkischen Präsidenten Erdogan in der Türkei eine Fabrik errichten, in der Panzer für das türkische Militär und für Katar gebaut werden sollen. Zwei weitere Konzerne sollen daran



Für wirklich mehr soziale Gerechtigkeit und eine Friedenspolitik der Abrüstung ist das Kreuz am Wahltag an dieser Stelle leider „alternativlos“. Foto: Birger Gente

beteiligt werden, die mit Erdogan beste Kontakte unterhalten. Man benötigt keine große Fantasie, um zu erahnen, wo sie ihren Einsatz erfahren würden: in Syrien, im Irak und in der Türkei selbst, vor allem in den kurdischen Siedlungsräumen.

Der Hochkommissar der UNO kritisierte im März 2017 vor allem das außerordentlich gewalttätige Vorgehen der türkischen Militärkräfte im Südosten der Türkei, wo hauptsächlich viele Kurdinnen und Kurden leben. Panzer griffen dort die Menschen in dicht besiedelten Gebieten an und zerstörten, wie Satellitenbilder beweisen, zahlreiche Ortschaften und Städte. Bis zu einer halben Million Menschen befanden sich ab Sommer 2015 bis zum Ende des letzten Jahres auf der Flucht vor der zügellosen Gewalt der Militärs, einige tausend Menschen starben infolge der Angriffe.

Der Tod ist nicht nur ein Meister aus

Deutschland

Die Bundesregierung erteilte im Jahr 2015 für die Ausfuhr von Rüstungsgütern Einzel- und Sammelausfuhrgenehmigungen im Wert von knapp 12,82 Milliarden Euro. Beliefert wurde, von einigen Ausnahmen abgesehen, wer Waffen brauchte, nicht zuletzt auch dafür, um die eigene Bevölkerung zu unterdrücken oder geostrategische Ziele in der eigenen Region mit Gewalt zu verwirklichen, so wie es zum Beispiel die herrschenden Kräfte Saudi-Arabiens und Katars versuchen. Die deutsche Wirtschaft verdient am Tod zahlloser Menschen sehr viel Geld. Menschenrechte und Moral bleiben da schon mal auf der Strecke. Es geht schließlich um knallharte Interessen des Kapitals und um die Befriedigung imperialistischer Bedürfnisse. Das gilt nicht nur für Deutschland, sondern weltweit für Staaten mit einer mächtigen Rüstungslobby.

Die Regierung Trump forderte nicht nur die deutsche Regierung, sondern alle NATO-Mitgliedsstaaten auf, die Militär- und Rüstungsausgaben drastisch auf die vereinbarten zwei Prozent der jeweiligen nationalen Wirtschaftsleistung zu erhöhen. Sie eskaliert in ihrer Außenpolitik an mehreren Stellen militärische Konflikte:

Sie ließ einen Raketenangriff auf eine syrische Militärbasis ausführen, ohne den sicheren Beweis zu liefern, welche Seite des Bürgerkrieges für den zuvor erfolgten Giftgasangriff auf die syrische Wohnbevölkerung verantwortlich war.

Sie setzte einen Flugzeugträger samt Konvoi in Richtung Nordkorea in Marsch. Das ist nicht nur der Aufbau einer Drohkulisse, sondern sie scheint geradezu auf einen Vorwand für mindestens einen harten militärischen Schlag auf Nordkorea zu warten. Damit riskiert die USA einen Konflikt, wenn nicht gar einen Krieg mit unübersehbaren weltweiten Folgen.

In Afghanistan ließ Trump eine riesige Bombe mit enormer Sprengkraft abwerfen. In den Medien als „Mutter aller Bomben“ bezeichnet (warum müssen ausgerechnet Mütter für so einen Vergleich herhalten?) entfaltete sie eine Sprengwirkung, die ei-

nem Erdbeben gleichkam.

Die Rüstungsspirale wird nicht zuletzt vom Beschluss des US-Präsidenten angeheizt, am derzeitigen Bestand der Atomraketen und der weiteren atomaren Bewaffnung festzuhalten, statt dieses Arsenal abzubauen. Im Gegenzug stoppte auch Russland die atomare Abrüstung.

Hamburg: Offenes Tor für Waffenexporte

Der Hamburger Hafen fungiert dabei als ein Tor zum Tod in die Welt. Denn allein dort wurden in jenem Jahr Kriegsgüter im Wert von rund 360 Millionen Euro umgeschlagen. Von Granaten über Torpedos zu Panzern und U-Booten, alles ging über die Drehscheibe Hamburger Hafen, meist gut verpackt in mehr als 1000 Containern. Gegenüber dem Vorjahr 2014 bedeutete es eine Steigerung um mehr als 13 Prozent. In Hamburg werden natürlich auch Rüstungsgüter und -teile hergestellt. Der Hamburger Bundestagsabgeordnete der Linken, Jan van Aken, veröffentlichte im November 2011 einen umfangreichen Bericht über die Rüstungsproduktion in Hamburg („Made in Hamburg – tödlich weltweit, Rüstungsindustrie in Hamburg“).

Darin wird unter anderem aufgeführt, „dass bei Blohm + Voss seit über 100 Jahren Kriegsschiffe gebaut werden, dass MTU Motoren für Panzer und U-Boote produziert, dass Rheinmetall Waffen und Munition herstellt. Doch neben diesen bekannten Rüstungsunternehmen gibt es in Hamburg zahlreiche weitere Firmen, die auch für den militärischen Bereich produzieren und damit ein großes Geschäft machen.“ Hinzu kommen „insgesamt 93 in Hamburg und dem Umland niederge-

lassene Unternehmen identifiziert, die in der wehrtechnischen Industrie, als Zulieferer oder Dienstleister für das Militär tätig sind.“ Dabei bietet ein größerer Teil auch zivile Produkte an, die aber in spezifischen Modifikationen auch wehrtechnisch verwendet werden. Teile der Produktion sind aber primär oder ausschließlich auf Kriegsgüter ausgerichtet.

Wie viele Rüstungsgüter produzierende Betriebe es in Deutschland gibt und wie viele Beschäftigte dort unmittelbar oder indirekt arbeiten, ist nur schwer zu erfassen. Schätzungen belaufen sich auf bis zu 100.000 Beschäftigte.

DIE LINKE ALS PARTEI DES FRIEDENS



Gewohntes Bild auf vielen Demos: Flaggen von DIE LINKE und die Friedenstaube. Foto: Birger Gente

Die Linke steht für den Frieden, lehnt Aufrüstung und Krieg kategorisch ab. Kriege zerstören die Lebensgrundlagen der Menschen. Sie lösen weder Krisen noch Konflikte. Rüstung tötet, selbst im Frieden: Jeder Dollar, jeder Euro, der in Rüstung und Kriegsführung fließt, fehlt – wie in jeder

Währung und in jedem Land weltweit –, um Hunger, Verelendung und Krankheiten wirksam zu bekämpfen. Wir wollen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden und keine weiteren zulassen. Wir wollen Waffenexporte unterbinden und Fluchtursachen bekämpfen. Die Welt muss so ganzheitlich in den Blick genommen werden wie wir es in unserem Programm fordern. Wir brauchen weltweit einen fairen Handel. TTIP, CETA und andere Freihandelsabkommen werden das Gegenteil von ihren Versprechungen bewirken und ausschließlich die großen kapitalistischen Wirtschaftsmächte begünstigen. Ebenso tritt Die Linke für weltweiten Klimaschutz ein, für eine sozial gerechte Energiewende, freien Zugang zu Wasser, zu landwirt-

schaftlich nutzbaren Bodenflächen, zum Gesundheitswesen und zu Bildung. All dies sind Grundvoraussetzungen dafür, dass weltweit Menschen ihre Zukunft gestalten können.

Ulrik Ludwig und Volker Vödisch

Inhaltsverzeichnis:

- 2 In Verantwortung für den Frieden
- 4 Interview mit Jan van Aken
- 6 Der G20-Gipfel in Hamburg
- 6 Hamburg ist der Ort, an dem der Widerstand formiert wird
- 8 Martin Schulz und die Abkehr von der Agenda 2010?
- 10 Wohnungsbau und Stadtentwicklung
- 11 Sozial auch nach der Wahl
- 12 Direktkandidat für den Bezirk Altona
- 13 Demokratie heißt Wahlrecht für ALLE

- 14 DIE LINKE: Eine starke Stimme gegen Rechts
- 15 Darum ist es wichtig, für DIE LINKE zu kandidieren
- 16 Brennpunkt in Altona: Die Flüchtlinge
- 17 Brennpunkt: Der Altonaer Bahnhof
- 18 WPP – Umstrittener Medienkonzern bezieht Zeise-2-Büros
- 20 DIE LINKE setzt Enquete-Kommission Kinder- und Jugendhilfe durch
- 22 Stark machen für die Rechte von Frauen
- 23 Die herrschende Sprache ist die Sprache der Herrschenden

- 24 Die Fux-Genossenschaft in der ehemaligen Viktoria-Kaserne
- 25 Arme Kinder sind arm dran, aber das muss nicht so bleiben!
- 26 Schluss mit dem Baumtod am Straßenrand
- 27 BID Waitzstraße: ÖPNV und Fahrräder bleiben außen vor
- 28 Welt-Roma-Tag im Altonaer Rathaus
- 29 Fahrradautobahn am Elbstrand
- 30 Spritzenplatz bleibt!
- 31 Bücherkiste Links
- 31 DIE LINKE und das Regieren
- 31 Klara Ansage
- 32 Termine, Impressum



„Ohne die LINKE im Bundestag würde es in den veröffentlichten Medien nur noch wenige Stimmen gegen Krieg und Rüstungsexporte geben.“

Jan van Aken ist noch bis zum Ende dieser Legislaturperiode Mitglied des Bundestages für die Linksfraktion und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und des Unterausschusses für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung im Deutschen Bundestag. Seit acht Jahren vertritt er dort insbesondere die friedenspolitischen Haltungen und Positionen der Partei Die Linke und sprach damit wohl sehr vielen friedensbewegten Menschen aus dem Herzen.

Er setzte sich im Parlament wie auch oft genug vor Ort in Krisengebieten gegen Unterdrückung, Verfolgung und Kriege ein. Gemeinsam mit einigen MitstreiterInnen erstellte er nach eingehenden Recherchen einen Hamburger Rüstungsatlas und wies nach, in welchen Hamburger Unternehmen Rüstungsgüter und Teilstücke dafür produziert und weltweit verkauft wurden. Er wird nicht mehr zur nächsten Bundestagswahl antreten. Das Interview entstand am 10. April.

ALiNa: Nach der Bundestagswahl am 24. September wirst Du aus dem Bundestag ausscheiden. Mit Dir hatte der Landesverband Hamburg der Linken einen engagierten Friedenspolitiker im Parlament. Du hattest Dir insbesondere in Fragen der Rüstungspolitik, in Fragen internationaler Konflikt- und Kriegsherde und bezüglich der friedenspolitischen Haltungen der Linken als glaubwürdiger und kenntnisreicher Experte einen Namen gemacht. Schon vor Deiner Kandidatur für die Bundestagswahl vor Deiner zweiten Legislaturperiode hattest Du unmissverständlich angekündigt, dass Du danach nicht wieder für den Bundestag kandidieren würdest. Eigentlich ein eher ungewöhnlicher Entschluss, betrachtet man die üblichen parlamentarischen Karrieren. Was hat Dich dazu bewogen?

Jan van Aken: „Das hatte sowohl politische als auch private Gründe. Politisch finde ich es richtig, wenn generell die Zeit in den Parlamenten auf maximal zwei Legislaturperioden beschränkt wird. Wir haben aktuell eine Situation, in der für viele ein Abgeordnetenmandat ein Karriereziel wird – das finde ich falsch. Außerdem gibt es doch in allen Fraktionen einige Abgeordnete, die vor allem damit beschäftigt sind, ihre Wiederwahl zu sichern und dadurch nicht wirklich Zeit aufbringen, um politisch in Berlin etwas zu bewegen. Ich glaube,

dass man durch eine Begrenzung der Mandatszeit einen anderen und einen aktiveren Bundestag bekommen könnte. Und aus privater Sicht halte ich es auch nicht für sehr gesund, allzulange im Bundestag zu sitzen. Wie jeder andere Job auch, verändert einen die Arbeit im Raumschiff Berlin, und das nicht unbedingt zum Besseren. Bei aller Reflexion und bewusster Gegenwehr kann man, glaube ich, auf Dauer nicht verhindern, dass man am Ende doch ein typischer Abgeordneter – im schlechten Sinne – wird. Da finde ich acht Jahre wirklich die Obergrenze für mich.“

ALiNa: Welches Resümee ziehst Du nach zwei Legislaturperioden im Bundestag für Dich persönlich und bezüglich der parlamentarisch-politischen Arbeit der Linksfraktion?

Jan van Aken: „Ich war anfangs ja doch eher skeptisch, ob sich als Oppositionspolitiker im Bundestag wirklich etwas erreichen lässt. Im Nachhinein würde ich – zu meiner eigenen Überraschung – sagen: ja, auf jeden Fall. Zum einen haben wir als Linke im Bundestag doch eine gewisse Diskursmacht, wir können Themen setzen (wie zum Beispiel den Mindestlohn oder die Waffenexporte) und in laufenden Debatten andere Gesichtspunkte und Positionen einbringen, die die Debatte in Deutschland

wirklich nachhaltig beeinflussen. Zum anderen ist die zentrale Funktion des Bundestages eine Kontrolle der Bundesregierung. Ohne unsere ständigen Anfragen in den verschiedensten Themenbereichen und ohne unsere intensive Aufklärungsarbeit in Untersuchungsausschüssen würde die Regierung vollends freidrehen. Das ist eine wirklich richtige und wichtige Arbeit.

ALiNa: Die Linke beruft sich gern auf den Anspruch, in außerparlamentarischen Bündnissen und Bewegungen mitzuwirken und die dort gemeinsam vereinbarten Inhalte und Ziele im Bundestag zu vertreten. Gelingt dieser Spagat aus Deiner Sicht oder klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander?

Jan van Aken: „Ich finde, das macht unsere Bundestagsfraktion – und viele einzelne Abgeordnete – wirklich richtig gut. Es gibt kaum eine außerparlamentarische progressive Bewegung, in der die Linke nicht maßgeblich mit beteiligt ist, das reicht von Stuttgart 21 über Blockupy bis hin zu TTIP oder G20-Protesten.“

ALiNa: Du wirst zwar nicht mehr im Bundestag vertreten sein, gehörst jedoch dem Bundesparteivorstand der Linken an. Wenn die Bundestagswahl eine Mehrheit für eine Regierungskoalition der SPD mit den Grü-

nen und den Linken ergeben sollte, unter welchen Umständen könntest Du Dir eine Regierungsbeteiligung vorstellen?

Jan van Aken: „Für mich persönlich eigentlich so gar nicht – ich bin viel besser im Dagegensein als in konstruktiver Gestaltung, aber das hat eher mit meinen persönlichen Stärken und Schwächen zu tun. Falls es nach der Wahl für Martin Schulz nur diese eine Möglichkeit gibt, Kanzler zu werden, dann wird er rot-rot-grüne Koalitionsverhandlungen führen – und dann haben wir einen ziemlich großen Hebel, um auch Dinge durchzusetzen. Denn innerhalb der Linken gibt es nur Wenige, die auf Biegen und Brechen unbedingt mitregieren wollen. Wir sind dann also in der komfortablen Situation, die SPD mit unseren Forderungen unter Druck setzen zu können – und wenn sie nicht nachgeben, werden sie halt nicht den Kanzler stellen. Inhaltlich gehen meine persönlichen Haltelinien etwas weiter als in unserem Grundsatzprogramm. Dort sind zum Beispiel nur „Kampfeinsätze“ der Bundeswehr ausgeschlossen, ich würde das gern auf alle Auslandseinsätze ausdehnen.“

ALiNa: In Zeiten von Aufrüstung, einer weltweit zu beobachtenden Rechtsentwicklung und angesichts zahlreicher bewaffneter Konflikte und furchtbarer Kriege ist es alles andere als leicht, friedenspolitisch zu wirken. Wie gelingt es, Einfluss zu nehmen und friedenspolitische Erfolge zu erzielen? Was können Bundestagsabgeordnete und eine eher kleine Bundespartei tatsächlich ausrichten?

Jan van Aken: „Wie gesagt, ich finde unsere wichtigste Funktion in diesem Bereich ist es, die außerparlamentarische Bewegung zu stärken und die Friedensposition in der öffentlichen Debatte zu halten. Ohne die LINKE im Bundestag würde es in den veröffentlichten Medien nur noch wenige Stimmen gegen Krieg und Rüstungsexporte geben.“

ALiNa: Die UNO hat auf Beschluss ihrer Vollversammlung mit Verhandlungen zum Abbau des weltweiten Atomwaffenarsenals begonnen. Die NATO-Länder hatten dagegen gestimmt, auch die deutsche Regierung. Die Mehrheit der neun Staaten, die über eine atomare Bewaffnung verfügen, will nicht mitmachen. Ist damit jeder Verhandlung die Grundlage entzogen?

Jan van Aken: „Nein, auf keinen Fall. Ähnlich war es doch auch bei den Landminen: Damals war die UNO nicht in der Lage, ei-

nen Konsens zum Verbot von Landminen zwischen allen Ländern herzustellen, dann sind einfach einige Länder vorgeprescht und haben ein Abkommen ausgehandelt. Russland, USA und China sind bis heute nicht Mitglied, und doch sind Landminen mittlerweile weltweit so geächtet, dass selbst die USA sich in weiten Teilen an das Verbot halten. Auch bei den Atomwaffen geht es jetzt darum, die internationale Norm gegen das nukleare Wettrüsten zu stärken.“

ALiNa: Erdogans Regierung führt direkt und indirekt einen unbarmherzigen Krieg gegen Kurdinnen und Kurden in der Türkei, im Irak und in Syrien. Eine halbe Million KurdInnen befinden sich auf der Flucht vor den Angriffen der türkischen Streitkräfte, zahlreiche Städte und Ortschaften sind schwer zerstört und viele Menschen landen in den Gefängnisse, ohne dass Beweise für die vorgeworfenen Straftaten vorgelegt werden. Viele der gewählten Abgeordneten der HDP wurden mit unhaltbaren Vorwürfen festgenommen, viele DemokratInnen erhalten Berufsverbote oder landen willkürlich in Untersuchungshaft. Erdogan und seine AKP-Gefolgsleute streben im Grunde eine Diktatur an. Was fordert DIE LINKE von der Bundesregierung?

Jan van Aken: „Die Bundesregierung muss endlich von ihrer unverbrüchlichen Freundschaft zur Erdogan-Regierung abrücken. Dabei geht es gar nicht um Kontaktabbruch oder Sanktionen, sondern in einem ersten Schritt doch erstmal nur darum, nicht weiter als engste Freunde der türkischen Regierung aufzutreten und – so wie Merkel – sogar noch Erdogan im Wahlkampf zu unterstützen. Als ersten praktischen Schritt schlage ich vor, dass die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich eingestellt wird, das heißt: keine Waffenlieferungen mehr, Abzug der Bundeswehr aus der Türkei, keine Ausbildung von türkischen Polizisten oder Militärs.“

ALiNa: Die NATO-Mitgliedsstaaten haben sich verpflichtet, einen Rüstungs- und Militärhaushalt in Höhe von zwei Prozent der Wirtschaftsleistungen ihrer Länder aufzustellen. Für Deutschland hieße es, den „Verteidigungshaushalt“ von derzeit rund 34 Milliarden Euro auf fast 71 Milliarden Euro im Jahr 2024 zu erhöhen. Geld, das anderswo in den Ländern fehlen wird. Ist dies nun der Ausdruck für eine aggressivere Außenpolitik der Bundesregierung, weil sie nun auf die militärische Karte setzen will?

Jan van Aken: „Ja! Ich denke, dass im Hause von der Leyen die Sektkorken geknallt haben, als Trump jetzt so aggressiv das 2%-Ziel eingefordert hat. Denn von der Leyen, Steinmeier und Gauck haben auf der Münchener Sicherheitskonferenz im Jahre 2014 ja klar gesagt, wo es ihrer Meinung nach hingehen soll: Deutschland soll militärisch in der Lage sein, überall auf der Welt einzugreifen. Dafür braucht es mehr Ausrüstung und mehr Geld für die Bundeswehr. Diese zunehmende Militarisierung der deutschen Außenpolitik sehen wir seit Jahren.“

ALiNa: Du bist anlässlich des G20 - Gipfels in Hamburg Anmelder der Demonstration mit dem Motto „Grenzenlose Solidarität“. Warum ist es wichtig, an dieser und an anderen Demonstrationen und Aktionen in der Woche vom 2. Juli bis zum 8. Juli teilzunehmen?

Jan van Aken: „Die G20 wurden gegründet als Antwort auf die Asienkrise Ende der 1990er Jahre und die globale Finanzkrise 2007. Der Kurs der mächtigsten und reichsten Staaten der Welt war von Anfang an klar: Austerität. Es waren die G20, die die neoliberale Antwort der Merkel-Regierung auf die Finanzkrise weltweit durchgesetzt haben. Außerdem ist allein schon die Präsenz von Trump, Putin und Erdogan in Hamburg ein guter Grund, gegen deren menschenverachtende Politik zu demonstrieren.“

ALiNa: In Hamburger Printmedien lesen sich zahlreiche Artikel so, als würde in dieser Zeit ein Bürgerkrieg drohen, weil mal 4.000, mal über 10.000 gewaltbereite DemonstrantInnen erwartet werden. Ihre Absicht ist klar: es geht darum, G20-KritikerInnen und G20-GegnerInnen abzuschrecken. Kannst Du den Verunsicherten unter ihnen Mut machen, doch zu kommen?

Jan van Aken: „Ja – wir werden am 8. Juli eine bunte, fröhliche und laute Demonstration haben, mit Kinderwagen, Rollis und vielen, vielen Transparenten. Ich kann mir gut vorstellen, dass da an die hunderttausend Menschen aus ganz Deutschland und Europa zusammenkommen, das wird sicherlich sehr eindrucksvoll. Natürlich versuchen die Medien jetzt schon, die Gewalt herbeizuschreiben, aber davon sollten wir uns nicht abschrecken lassen. Kommt also alle gern am 8. Juli zur Moorweide, aber auch schon am 2. Juli zur Protestwelle am Rathausmarkt und zu all den anderen Veranstaltungen in der G20-Woche!“

Das Interview führte für die ALiNa Volker Vödisch

Der G20-Gipfel in Hamburg

Am 7. und 8. Juli 2017 findet der G20-Gipfel in Hamburg statt. Zum Tagungsort wurden die Messehallen am Karolinenviertel bestimmt. Die Gruppe der zwanzig „wichtigsten“ Industrie- und Schwellenländer, G20, besteht als ein informeller Kreis von 19 Staaten und der Europäischen Union als Gesamtgebilde, wobei Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien als die großen Vier in der EU eine Extrastellung haben. Zu den weiteren Staaten gehören auch die USA, die Volksrepublik China, Russland, Indien, Brasilien und Japan. Seit 1999 fanden vor dem Treffen in Hamburg 22 Treffen statt, eines pro Jahr. Häufig wurden diese Treffen von Protesten und Demonstrationen begleitet. In Hamburg werden sich voraussichtlich alle Staats- und Regierungschefs sowie die Finanzminister der teilnehmenden Länder einfinden. Delegationen werden auch von der Europäischen Zentralbank, vom Internationalen Währungsfond, vom dem Internationalen Währungs- und Finanzausschuss, von der Weltbank und vom Development Committee der OECD gestellt. Allein die Zusammensetzung des GipfelteilnehmerInnen verdeutlicht die weltpolitische Bedeutung des Treffens. Hier wird vorentschieden und nicht zwangsläufig zum Wohle aller Menschen. Zurzeit hat Deutschland die G20-Präsidentschaft inne und lud deshalb nach Hamburg ein. In der Zeit vom 2. Juli bis zum 8. Juli werden in der Hansestadt zahlreiche Aktionen und Demonstrationen stattfinden, darunter eine internationale antikapitalistische Demonstration am 6. Juli, ein Aktionstag am 7. Juli mit vielfältigen Aktionsformen und die Großdemonstration am 8. Juli, zu der bis zu 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwartet werden. Weitere Hintergrundinformationen zur Großdemo und mehr unter: <http://g20-demo.de/de/start/>



„Hamburg ist der Ort, an dem der Widerstand formiert wird“

Im Vorfeld des geplanten G20-Gipfels wird das Bedrohungsszenario immer drastischer gezeichnet. Da werden DemonstrantInnen vom Bezirksamtsleiter Mitte dazu aufgefordert, doch bitte keine Menschen zu töten. Da wird über Einreiseverbote für sog. „gewaltbereite Linksextremisten“ diskutiert. Da deutet der Innensenator an, dass man schon selbst Schuld sei, wenn Menschen beim zivilen Ungehorsam auf der Straße von Trumps Personenschützer erschossen würden.

Mal abgesehen von der Tatsache, dass die Gewalt auf dieser Welt von denjenigen ausgeht, die Kriege führen, Menschen im Mittelmeer ertrinken lassen und ein Wirtschaftssystem stützen, in dem eine Milliarde Menschen Hunger leiden muss. Abgesehen davon, dass die Gewalt von denjenigen ausgeht, die diesen massiv unter Kritik stehenden Gipfel in Hamburgs Innenstadt geholt haben, ist diese Debatte reine Ablenkung. Dahinter soll verdeckt werden, dass

es vielmehr um Form und Inhalt der Politik geht, die in Messehallen und Elbphilharmonie fix gemacht werden soll.

Die G20 verantworten 80 % der weltweiten Militärausgaben, 93 % der Waffenexporte und verfügen über 99 % der Atomwaffen. Aber sie inszenieren sich als Friedensengel. Diejenigen Staaten, deren Konzerne – befeuert durch Freihandelsabkommen – Mensch und Natur in aller Welt ausbeuten und zerstören, geben rund um den Gipfel vor, Armut und Hunger bekämpfen zu wollen. Die G20-Staaten subventionieren jährlich fossile Energieträger in der Höhe von 444 Mrd. US-\$, inszenieren sich aber als Speerspitze gegen den Klimawandel. Die G20 sind also keineswegs Teil der Lösung, ihre Politik – Krieg, soziale Spaltung, Umweltzerstörung – ist das Problem. Hier versucht sich der Bock als Gärtner darzustellen.

Weil diese Politik auf Kosten der Unter-

drückten in den G20-Staaten und auf Kosten aller anderen Staaten geht, sind die G20 auch eine durch und durch undemokratische Veranstaltung. Völkerrechtlich hängt die „Group of Twenty“ vollständig in der Luft und untergräbt die Autorität der Vereinten Nationen (UN), in deren Generalversammlung alle Länder der Welt mit gleichem Stimmrecht vertreten sind und an politischen Prozessen auf Augenhöhe teilnehmen können. Die G20 stehen damit im Widerspruch zu §1(4) der UN-Charta, in dem die Vereinten Nationen zum Ziel setzen, „ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung [der] gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.“

Der G20-Gipfel hat vor allem die Funktion, ein massiv in die Krise geratenes und stark kritisiertes neoliberal-kapitalistisches System zu verteidigen. Es soll der Eindruck erzeugt werden, die großen Herren und Damen dieser Welt hätten die Dinge schon im

Griff, wenn sie sich vor malerischer Kulisse bedeutungsschwer die Hände schütteln. Die Botschaft soll sein: Macht euch keine Sorgen, vertraut auf eure Regierungschefs, sie sind die Experten und vor allem, bleibt bloß in euren Zuschauersesseln und kommt nicht auf die Idee, euch selbst gesellschaftlich einzumischen.

Doch zu spät. In Hamburg und überall sind unzählige Menschen bereits unterwegs dafür, eine Welt jenseits von Profitmaximierung, Krieg und BurnOut auf die Welt zu bringen. Eine wirkliche Alternative zur kannibalischen Weltordnung kann nur eine globale soziale Bewegung sein, die sich mit den herrschenden Kräften und Politikprinzipien anlegt. Als Hamburgerinnen und Hamburger haben wir uns in diesem Sinne bereits gegen die Privatisierung der Krankenhäuser ausgesprochen, die Energienetze wieder zurück in öffentliche Hand geholt und den olympischen Kommerzspielen des IOC eine Absage erteilt. „G20“ ist also nicht nur ein großwahnsinniges und organisatorisch nicht durchzuführendes Großevent, das keiner braucht, sondern steht als Politikprinzip auch jenseits der Gipfeltage einem guten Leben für Alle im Weg. Eine soziale, friedensstiftende, demokratische und ökologische Stadt und Welt ist aber nur gegen G20 zu haben.

Beispiel Gesundheit: Die deutsche Regierung hat für diesen G20-Gipfel „Gesund-

heit“ zu einem Schwerpunktthema erklärt. Im offiziellen Bericht des Bundesgesundheitsministeriums über ein Treffen sog. GesundheitsexpertInnen aus den G20-Staaten heißt es: „Die G20 Gesundheitsexperten waren sich einig: Gesundheit ist Voraussetzung und Motor für eine wirtschaftliche Entwicklung. Und damit zentral für die G20.“ Gesundheit interessiert die G20 also nur unter dem Aspekt der ökonomischen Nützlichkeit. Unter dieser Maßgabe wurde weltweit das Gesundheitssystem unter die Logik des Marktes und der Profitmaximierung gestellt. Die Konsequenzen dieser neoliberalen Politik: Global werden jedes Jahr 100 Mio. Menschen unter die Armutsgrenze getrieben, weil sie für ihre Krankheitskosten nicht aufkommen können. In Griechenland führten die Schreckensprogramme der Troika – die im Gesundheitsbereich vom deutschen Gesundheitsministerium als „Domain Leader“ diktiert werden – zu einer Kürzung des Gesundheitsbudgets um 40%, der Entlassung von 50% der ÄrztInnen und einem Drittel der Menschen ohne Krankenversicherung. Private Versicherungs- und Medizineinrichtungen übernehmen das Gesundheitssystem. Auch in der BRD ist mittlerweile ein Drittel aller Krankenhäuser privatisiert und damit dem Profitzwang unterworfen. Bundesweit fehlen 162.000 Vollzeit-Pflegekräfte, allein für Hamburg sind das 4.200.

Dagegen wächst in Hamburg das Enga-

gement für die Rekommunalisierung der Asklepios-Krankenhäuser und bereitet sich die Zivilgesellschaft – nach dem Vorbild des Charité-Streiks – auf einen Entlastungsstreik für mehr Personal in den Krankenhäusern vor. In Griechenland bildeten sich landesweit selbstorganisierte solidarische Kliniken, welche – mit starker Unterstützung deutscher Soli-Gruppen – das Grundrecht auf Gesundheit entgegen dem Austeritätsdiktat der Troika zu realisieren suchen. Die Alternative zu G20 realisieren wir also nicht nur im Rahmen der Proteste gegen G20, sondern vor allem in unserem alltäglichen Engagement für eine solidarische Gesellschaft.

Dazu schrieb der Vizepräsident des Beratenden Ausschusses des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen, Jean Ziegler, am 19.4.17 in der taz: „Die Zivilgesellschaft, die aus all den vielfältigen Bewegungen zusammengesetzt ist, aus den Kirchen, den Gewerkschaften und den NGOs, die an ganz verschiedenen Fronten gegen die kannibalische Weltordnung und gegen die Staatsraison Widerstand leisten – diese Zivilgesellschaft ist das neue historische Subjekt. Sie ist die Hoffnungsträgerin. [...] Sie wird auch beim G-20-Gipfel im Juli in Hamburg präsent sein. Ich selbst werde auch kommen und sprechen. Hamburg ist der Ort, an dem der Widerstand formiert wird.“

Artur Brückmann



Auch die 1. Mai Demonstration wurde genutzt um die Ablehnung gegen das geplante G20-Gipfeltreffen auszudrücken. Foto: Reinhard Schwandt

Martin Schulz und die Abkehr von der Agenda 2010?

Martin Schulz hat sich mit einem Paukenschlag von der europäischen Bühne verabschiedet und ist in der Bundespolitik aufgeschlagen. Unter großem Trommelwirbel verkündete er, gefolgt von seinen Claqueuren: Die Agenda 2010 war ein Fehler und es muss eine Reform her.

Will er das wirklich?

Um zu verstehen was die Diskrepanz zu dem was er sagt und nicht sagt und was er somit tatsächlich meint, muss Mensch sich noch einmal die historische Entstehung der Agenda 2010, beginnend mit den einzelnen Stufen von Hartz I – Hartz IV vergegenwärtigen. Diese sind vollständig und zusammengefasst bei diesem Artikel wiederzufinden. Einerseits, so formuliert Schulz, will er die Abkehr von der Agenda 2010, andererseits will er die Sanktionen bei Hartz IV nicht abschaffen. Denn, so seine Meinung, hätten die Betroffenen Spielregeln einzuhalten. Schließlich hätten die von der Agenda 2010 betroffenen Verpflichtungen, denen sie nachzukommen hätten. Somit ist das Instrument des Sanktionierens (strafen durch Minderung der Leistung in Stufen) ein probates Mittel um die Erwerbslosen und an die Jobcenter gefesselten in Angst vor genau diesen Strafen zu halten.

DIE LINKE fordert von Anfang an die Abschaffung dieses Gesetzes, das Eingang in das SGB (Sozialgesetzbuch) gefunden hat. Zumindest –als erstes– die Sanktionsfreiheit. Unter dem Eindruck des Entstehens der Agenda 2010 hat sich damals die Wahlalternative soziale Gerechtigkeit gebildet, die von Anfang an große Erfolge erzielte

und somit den Widerstand –auch in den eigenen Reihen der SPD– gebündelt. Unter dem Eindruck dieser Gesetze, gegen die eigene Bevölkerung, verlor der damalige Kanzler Schröder seine Kanzlerkandidatur 2005. Just mit dem Eintritt der letzten Stufe der Agenda 2010. Am 01. Januar 2005 trat –die letzte Stufe– mit Hartz IV in Kraft.

Nun möchte Herr Schulz den längeren Bezug von Arbeitslosengeld I ermöglichen. Allerdings nur unter bestimmten Voraussetzungen. Von seinem „Arbeitslosengeld Q“ werden, wenn überhaupt, nur diejenigen betroffen sein, die nach einer Gesetzesnovellierung in Arbeitslosigkeit rutschen. Dies solle die Qualifikation von Arbeitslosen verbessern. Jemand, der arbeitslos sei, solle so schnell wie möglich wieder einen guten Job bekommen. Was das konkret bedeuten soll, sagte er nicht. Auch müsse die Qualifizierung viel präziser als bisher die individuellen Stärken und Schwächen berücksichtigen und den regionalen Arbeitsmarkt berücksichtigen.

Was aber, wenn jemand schon älter ist, oder die individuelle Schwäche nicht berücksichtigt wird? Was ist mit den Menschen die sich aktuell im Bezug von Leistungen nach SGB II befinden? Auch möchte Schulz das Schonvermögen höher setzen. Was bedeutet dies für wen? All diese Fragen scheut sich Schulz, ebenso wie seine Partei die SPD zu beantworten. Es gibt mindestens zwei Deutungsmöglichkeiten: Sie kennen die Antworten darauf nicht, oder Sie kennen die Antworten, wollen aber vor der Wahl nicht damit heraus kommen

Was wirklich gut wäre, wenn es so gemeint

ist, die Befristungen von Arbeitnehmern ohne sachlichen Grund sofort zu beenden. An dieser Stelle muss aber die Frage erlaubt sein, wer diese Möglichkeit erst geschaffen hat mit der Schaffung der Agenda 2010? Würden es Schulz und die SPD ernst meinen mit ihren Vorschlägen, so hätte es in den vergangenen Jahren die Möglichkeit gegeben, gemeinsam mit den LINKEN diese Gesetze so zu reformieren, dass Teilhabe am soziokulturellen Leben, möglich gemacht hätte. Für Menschen die abgeschoben in ein Leben, unter dem Druck von Sanktionen, ein Leben fristen, welches einzig und allein das Überleben sichert.

Schulz richtet sich immer wieder gegen die Forderungen der LINKEN die Sanktionen abzuschaffen. Selbst die Grünen, die dieses Gesetz mitgeschaffen haben fordern mittlerweile, die Sanktionen abzuschaffen, weil die Gewährung des Existenzminimums ein Grundrecht sei. Es war möglich, Hartz I – IV zu schaffen, ohne Übergang. Ebenso ist es möglich, Hartz IV abzuschaffen. Sofort und zumindest bis zur Schaffung eines Systems welches grundlegend die Situation von Menschen die der Unterstützung durch die gesamte Gesellschaft bedürfe. Schulz' Ansinnen ist keines und soll auch keines sein, sondern nur die Gesellschaft ein weiteres Mal spalten.

Es gibt nur eines das hilft:

HARTZ IV MUSS WEG!!!



Hartz IV EmpfängerInnen müssen oft auch schon ohne Sanktionen Jeden Cent und Euro zweimal umdrehen. Dieses Gesetz ist unwürdig! Foto: pixabay.com

Hartz I

Erstes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4607)

- Erleichterung von neuen Formen der Arbeit
- Förderung der beruflichen Weiterbildung durch die Bundesanstalt für Arbeit (FbW), Einführung des Bildungsgutscheins
- Unterhaltsgeld der Bundesanstalt
- Zeitarbeit mit Personal-Service-Agenturen (PSA)

Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz wurde durch Hartz I in wesentlichen Punkten geändert: Das besondere Befristungsverbot, das Synchronisationsverbot, das Wiedereinstellungsverbot und die Beschränkung der Überlassungsdauer auf höchstens zwei Jahre wurden aufgehoben. Zu Gunsten der LeiharbeiterInnen wurde der so genannte Gleichstellungsgrundsatz im Gesetz verankert. Dieser besagt, dass LeiharbeiterInnen zu denselben Bedingungen beschäftigt werden müssen wie die StammarbeiterInnen des entleihenden Unternehmens: Gleiche Arbeitszeit, gleiches Arbeitsentgelt, gleiche Urlaubsansprüche (sog. equal pay und equal treatment). Ein Tarifvertrag kann jedoch abweichende Regelungen zulassen, wovon bereits Gebrauch gemacht worden ist, zum Beispiel durch die Tarifverträge des Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister (AMP) mit der Tarifgemeinschaft Christliche Gewerkschaften Zeitarbeit und PSA oder durch die Tarifverträge der DGB-Gewerkschaften mit dem Bundesverband Zeitarbeit (BZA) oder dem Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ). Verfassungsbeschwerden von Arbeitgeberverbänden und Verleihunternehmen gegen den Gleichstellungsgrundsatz blieben erfolglos. Mit diesen Änderungen wollte der Gesetzgeber die Qualität und die gesellschaftliche Akzeptanz der Leiharbeit erhöhen.

Hartz II

Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I S. 4621)

- Regelung der Beschäftigungsarten geringfügiger Beschäftigung (Minijob und Midijob).
- Als geringfügig Beschäftigter gilt, wer monatlich bis zu 400 Euro verdient, zuvor waren es 325 Euro.
- Als geringfügig Beschäftigte können auch Beschäftigte

- mit mehr als 15 Wochenstunden gelten.
- Der pauschale Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung wird von 10 % auf 11 % des Bruttolohnes erhöht.
- Der Arbeitgeber zahlt eine pauschale Steuer in Höhe von 2 % des Bruttolohnes.
- Ich-AG
- Einrichtung von Jobcentern

Hartz III

Drittes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2848)

- Restrukturierung und der Umbau der Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitsamt) in die Bundesagentur für Arbeit (Agentur für Arbeit)

Hartz IV

Viertes Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 24. Dezember 2003 (BGBl. I S. 2954)

- Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt) für Erwerbsfähige zum Arbeitslosengeld II (ALG II) unterhalb der bisherigen Sozialhilfe. Die laufenden Leistungen der alten Sozialhilfe waren zwar nominell niedriger als die Regelleistung des neu eingeführten ALG II, wurden aber im Bedarfsfall durch diverse Einmalleistungen ggf. auch über den Satz des entsprechenden ALG II aufgestockt. Der monatliche Regelsatz der Sozialhilfe für einen Alleinstehenden hatte vor der Einführung des ALG II in den westlichen Bundesländern bis Ende 2004 zwischen 287 € und 297 €, in den östlichen Ländern zwischen 282 € bis 285 € gelegen, während die Regelleistung des ALG II ab 1. Januar 2005 345 € im Westen und 331 € im Osten betrug. Die neben dem Regelsatz der Sozialhilfe im Bedarfsfall gewährten einmaligen Beihilfen wurden beim ALG II nunmehr weitgehend in die Regelleistung einberechnet, so dass daneben insoweit keine einmaligen Beihilfen mehr beansprucht werden konnten. Die ursprünglich vorgesehene Höhe der Regelleistung des ALG II lag laut Aussage von Peter Hartz bei 511 € monatlich und damit weit über dem Sozialhilfesatz. Anfangs wurde für Hilfebedürftige, deren Arbeitslosengeldanspruch erschöpft war, ein Zuschlag gezahlt, der im ersten Jahr des ALG-II-Bezugs bis zu 160 €, im zweiten Jahr bis zu 80 € betrug. Dieser Zuschlag wurde zum 1. Januar 2011 ersatzlos abgeschafft.

- Beide Sozialleistungen sollen bei erwerbsfähigen Arbeitslosen direkt bei der Agentur für Arbeit verwaltet werden. Allerdings erhalten 69 Kreise und Gemeinden die Möglichkeit, die Betreuung von Langzeitarbeitslosen eigenverantwortlich zu übernehmen (so genannte kommunale Option oder Optionsmodell).

- Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes aus der Arbeitslosenversicherung wird ab 1. Februar 2006 auf maximal 18 Monate reduziert. Nach einem Beschluss der Großen Koalition von 2007 sollen über 58-jährige 24 Monate lang Arbeitslosengeld erhalten, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind. Wer keine Ansprüche (mehr) auf Arbeitslosengeld I hat, erhält dann Arbeitslosengeld II, wobei die Bewilligung von Arbeitslosengeld II die Vermögens- und Einkommenslage des Antragstellers und bestimmter Angehöriger berücksichtigt.

- Ab 2005 wurde der Regelsatz von Kindern zwischen sieben und dreizehn Jahren in Hartz-IV-Familien auf 60 % (zuvor: 65 %) des Regelsatzes eines alleinstehenden Erwachsenen festgelegt. Jugendliche zwischen 14 und 17 erhalten ab 2005 80 % (zuvor seit 1955 90 %) und somit ebenso viel wie erwachsene Haushaltsangehörige; zuvor erhielten sie 12,5 % mehr als diese, da ihnen als Heranwachsende ein höherer Bedarf („Wachstumsbedarf“) anerkannt wurde.

Abweichungen

Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte im Bundestagswahlkampf 2002 zugesagt, die Vorschläge aus dem Hartz-Konzept „eins zu eins“ umzusetzen, dies wurde jedoch nicht verwirklicht. Abweichungen gab es in Detailfragen wie den Bemessungsgrenzen oder der Höhe von Krankenversicherungsbeiträgen sowie Instrumenten wie Midi Jobs, die im Hartz-Konzept nicht explizit erwähnt werden. 2006 wurden Ich-AGs ganz zurückgenommen und Personal-Service-Agenturen funktional grundlegend verändert. Daneben gibt es kontinuierliche Modifikationen im Bereich der Zugangsvoraussetzungen und des Leistungsrechts (SGB-II-Änderungsgesetz und Fortentwicklungsgesetz).

Horst Schneider



DIE LINKE fordert im Zuge der Kampagne „Das muss drin sein“ Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV! Konsequenz sozial statt nur kurz vor der Wahl. Foto: DIE LINKE

Wohnungsbau & Stadtentwicklung

In diesem Bereich wird alles von der von Olaf Scholz und der Stadtentwicklungssenatorin Dorothea Stapelfeld ausgegebenen Maxime „verdichten, verdichten, verdichten!“ bestimmt. Zumindest in den Kerngebieten, denn die Villengebiete von Othmarscher westlich der Autobahn bis Rissen sind ausdrücklich von dieser Forderung ausgeklammert. Genau wie die Ortskerne von Flottbek, Alt-Osdorf, Nienstedten und Blankenese.

Verdichtung durch Aufstockungen bis zur 8-Geschossigkeit und Innenhofbebauungen mit 4-5 Geschossen sind angestrebt und werden unter völliger Missachtung bestehender planrechtlicher Vorgaben mit der Androhung von Evozierungen vom Wohnungsbaukoordinator Staatsrat Kock und dem Oberbaudirektor Jörn Walther durchgepeitscht, wobei ihnen die BezirkspolitikerInnen von SPD/Grüne/CDU (in Altona Uwe Szczesny und Sven Hielscher (CDU), Thomas Adrian und Gregor Werner (SPD) sowie Gesche Boehlich und Christian Trede (Grüne) genauso willfährig sind wie die Verwaltung unter Liane Melzer (Bezirksamtsleiterin) und Johannes Gerdemann (Baudezernent) sowie den ihnen nachgeordneten Fachamtsleitern.

Diese Namen, die wahrscheinlich nur Insidern etwas sagen, erwähne ich an dieser Stelle, um deutlich zu machen, dass es nicht „der Apparat“ ist, der für alles verantwortlich ist, sondern ganz konkret eine an wenigen Händen abzählbare Anzahl von Personen, die zwar irgendwie in den Apparat eingebunden sind, aber dennoch eigenverantwortlich auf der vorgegebenen Linie handeln und Entscheidungen treffen, die dann auch um- und durchgesetzt werden. Egal, ob es dem Bau- und dem Planungsrecht entspricht. Belangt werden sie dafür, und das wissen sie, sowieso nicht.

Für die Innenhofbebauungen sind die unter der Bezeichnung der widerständigen AnwohnerInneninitiativen Otte 60 und Bahrio 68 bekannt gewordenen Projekte beispielhaft, aber nur wegen des in die Presse gekommenen Protestes herausragend. Weitere Verdichtungen im Kernbereich finden

durch den Verkauf von Schul- und Sportstätten statt, die dann zur Wohnbebauung freigegeben werden. In der Regel ohne irgendein Baurecht. Beispiele sind hier die Sportplätze Trenkner Weg, Othmarscher Kirchenweg, Kleiber Weg, Iserberg oder die Stadtteilschule Struenseestr.. Der völlige Verkauf der Kurt-Tucholsky-Schule wurde vorerst zurückgestellt, obwohl er bereits beschlossene Sache war. Schulerweiterungsflächen werden mittlerweile überall verkauft, obwohl im Zeichen der „wachsenden Stadt“, die von Olaf Scholz genauso weiterbetrieben wird, wie sie von Ole von Beust eingeleitet wurde, natürlich auch die Zahl der zu beschulenden Kinder ständig wächst. Allerdings sind die Schul-Bedarfszahlen seitens der Schulbehörde seit der Vorlage des SEPL (Schulentwicklungsplanes) im Jahre 2010 nicht aktualisiert worden.

Verdichtungen im Altonaer Kerngebiet finden aber auch in den größtenteils zu Vorbehaltsgebieten erklärten großen Neubaugebieten statt. Vorbehaltsgebiete sind Flächen von solcher Bedeutung, dass der Senat sie aus der bezirklichen Planungshoheit nimmt und selber von seiner Fachbehörde BSW (Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen) planen und genehmigen lässt. Das gilt insbesondere für die sog. Neue Mitte Altona westlich der Harkortstr. auf dem ehemaligen Güterbahnhof-Gelände, aber auch für das Areal am Diebsteicher S-Bahnhof, wohin der Altonaer Bahnhof verlegt werden soll. Die ehemalige Unilever-/Margarine-Unios-Fläche (heute „Othmarschen Park“) oder die demnächst umziehende Holsten-Brauerei-Fläche werden zwar vom Bezirk Altona geplant, erfolgen aber nach denselben Prinzipien: 8-geschossige Blockbebauung mit minimalen Abstandsflächen und Innenhöfen mit Kinder-Spielplätzen, die nie ein Sonnenstrahl erreichen wird. Alles, was bei dem viel geschmähten Osdorfer Born vor 50 Jahren kritisiert wurde, wird heute um ein Vielfaches übertroffen. Wo dort zwar eine über das heutige Maß hinausgehende Höhenentwicklung realisiert wurde, entstanden dort aber großzügige Abstands- und Grünflächen, von denen heute im Kerngebiet nur noch im Miniaturmaßstab die Rede ist.

Nun stellt sich für viele die Frage: aber wir müssen doch bauen, damit die Mieten wieder bezahlbar werden und alle eine Wohnung bekommen. Das ist an dieser Stelle in der gebotenen Kürze nur schwer beantwortbar, aber ein paar Stichworte möchte ich liefern: „wir“ bauen überhaupt nicht, sondern private Investoren-Firmen im Auftrag ihrer renditesüchtigen AnlegerInnen wie Quantum, Otto Wulf, August Priehn, Behrendt-Bau, Köhler & van Bargaen oder ein paar völlig außer Kontrolle ihrer Mitglieder geratenen Genossenschaften wie der Altona oder BVE. Hinzu kommen sog. Baugemeinschaften (das Lieblingskind der Grünen), bei denen es sich um Gemeinschaften von Eigentumswohnungs-AspirantInnen aus dem gehobenen Selbständigen-Milieu handelt. Schließlich noch die SAGA, die keinen - wie häufig fälschlich angenommen - kommunalen Wohnungsbau auf städtischen Flächen betreibt, sondern als privatwirtschaftliches Unternehmen agiert, wengleich noch zu 100% im Staatsbesitz (wie z.B. auch die Bahn), aber jederzeit an irgendwelche Finanzanleger mitsamt der ihr gehörenden Grundstücke verkauft werden kann, wenn der Senat es so will. Bekanntlich ist Ähnliches in Berlin und in Dresden unter Regierungsbeteiligung der Linkspartei geschehen.

Des Weiteren muss man berücksichtigen, dass durch die systematische Aufgabe der Infrastruktur in den ländlichen Gebieten die Menschen geradezu gezwungen werden, sich in den Metropolen nach Wohnungen und Arbeit umzusehen. Natürlich ist dies eine Folge der Privatisierungen, die nur noch profitable Hotspots bewirtschaften. Schließungen von Bahnhöfen, Postämtern, Krankenhäusern, Schwimmbädern, aber auch Schulen, Landgasthäusern, Einkaufsmöglichkeiten usw. sind die Folge.

Und letztlich: wenn für alle, die im Schanzenviertel oder in Ottensen wohnen wollen, entsprechender Wohnraum geschaffen werden soll, müssten Wolkenkratzer wie in Hongkong oder Shanghai errichtet werden. Wollen „wir“ das?

Robert Jarowoy



24. September
Die LINKE

Spitzenkandidat zur Bundestagswahl 2017 für DIE LINKE Hamburg nach wiederholter Wahl bestätigt!

Sozial auch nach der Wahl!

Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD macht vor der Bundestagswahl den Abwasch: sie will Autobahnen privatisieren, zensiert ihren eigenen Armuts- und Reichtumsbericht und will den Rüstungsetat um ca. 30 Milliarden Euro pro Jahr zu erhöhen. Einige denken sogar über Atomwaffen für Deutschland nach. Irre.

Die SPD und Ihr Kanzlerkandidat Martin Schulz entdecken - pünktlich zur Wahl - auf den Marktplätzen und in den Talkshows ihr Herz für soziale Gerechtigkeit. Schulz schlägt ein längeres Arbeitslosengeld I, die Begrenzung von Managergehältern und ein Verbot grundloser Befristungen von Arbeitsverträgen vor.

Doch Vorsicht: Denn wenn die SPD die Mehrheiten gegen Angela Merkel im Bundestag vor der Wahl nicht nutzt, warum sollte die SPD dann nach der Wahl liefern? Wir könnten Schulz' Forderungen sofort umsetzen und die Situation von Millionen Beschäftigten oder Arbeitslosen verbessern. DIE LINKE hat hierzu bereits Anträge mit den Forderungen von Schulz in den Bundestag eingebracht, die die SPD allerdings ablehnte. Die Verlässlichkeit gegenüber Frau Merkel und den Arbeitgeberverbänden scheint der SPD deswegen immer noch wichtiger als gegenüber den Wählerinnen und Wählern. Oder es gilt das alte Motto des Ex-SPD-Generalsekretärs Franz Müntefering, es sei unfair die SPD an ihren Wahlversprechen zu messen. Die beste Lebensversicherung gegen Wahlbetrug ist daher DIE LINKE.

Sogar die EU-Kommission - die überall in der EU harte Kürzungspolitik durchdrückt - beklagt die wachsende soziale Ungleichheit. Sie nennt als Gründe die Aussetzung

der Vermögenssteuer, die Absenkung des Spitzensteuersatzes und zu niedrige Einkommen. Eine peinliche Klatsche für die SPD, die Deutschland in den letzten 20 Jahren fast durchgängig regierte.

DIE LINKE will unter anderem Investitionen in Schulen und Krankenhäuser, gute Arbeit statt Leiharbeit und prekäre Jobs sowie 12 Euro Mindestlohn. Hartz IV muss weg und ist Armut sowie Lohndrückerei per Gesetz.

Wir kämpfen für gute Renten und gegen Altersarmut sowie gegen Geschenke für Allianz & Co. Dies erfordert die Wiederherstellung der Rentenformel statt Riester-Wahn. In Österreich bekommt eine DurchschnittsrentnerIn ungefähr 800 Euro mehr im Monat als in Deutschland und die Mindestrente beträgt etwa 12000 € im Jahr. Was die ÖsterreicherInnen können, können wir auch.

DIE LINKE will ein gerechtes Steuersystem: Einkommen bis 7100 Euro monatlich wollen wir entlasten. Super-Reiche wie die Quandts und Klattens, die alleine im letzten Jahr knapp eine Milliarde Dividende durch BMW einsackten, zahlen auf Einkommen aus Kapital oft weniger Steuern als Beschäftigte. Das will DIE LINKE ändern und eine Millionärssteuer von 5 Prozent für Pfeffersäcke einführen. Und auch Amazon, Google und Co. zahlen in der EU oft weniger als ein Prozent Steuern auf ihre Gewinne. Die Steuertricks der Konzerne kosten EU-Staaten jährlich hunderte Milliarden Euro. Damit wollen wir Schluss machen - etwa durch Strafsteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen. Wir brauchen in Deutschland endlich ein Unternehmensstrafrecht, um Staatsanwaltschaften in die Lage zu versetzen, Banken und Finanzberater, die Beihilfe zur Steuerhinterziehung leisten, zu verknacken.

Wir stehen für Abrüstung und ein Ende der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Der Hamburger Hafen muss für Waffenexporte gesperrt werden. Die Kriege im Nahen und Mittleren Osten haben hunderttausende Tote, Chaos, Terror, Staatenzerfall und Fluchtursachen geschaffen.

Wir müssen die Bundestagswahl auch zu einer Volks-Abstimmung über das Konzernschutzabkommen CETA machen. Alle Parteien müssen vor der Wahl die Hosen runterlassen darüber, wie sie sich im Bundestag und Bundesrat bei diesem Abkommen der EU mit Kanada verhalten werden. Auch der Hamburger Senat - insbesondere die Hamburger Grünen - muss endlich Farbe bekennen. DIE LINKE wird hier nicht wackeln und CETA ablehnen.

Ein Drittel der Menschen in Deutschland hat keine Hoffnung mehr, dass sich etwas ändert. Mein Freund, der französische Präsidentschaftskandidat, Jean-Luc Mélenchon, beweist gerade in Frankreich wie man Hoffnung schafft. Nur Mut schafft Perspektive. Nur so nimmt man den Rentendieben und Hasspredigern der AfD den Wind aus den Segeln.

DIE LINKE muss kämpfen - in Betrieben, im Wohnviertel und in Vereinen. Ich möchte die nächsten vier Jahre im Bundestag nutzen, um mit Euch dort zu sein, wo kaum noch Hoffnung ist. Wir wollen in Hamburg bei den Bundestagswahlen zweistellig werden. Das ist sportlich, aber nicht unmöglich. Wir schaffen das - nicht mit Wahlplakaten oder dicken Sprüchen. Nur mit harter Arbeit und Glaubwürdigkeit. Unsere Mitglieder sind daher unsere schärfste „Waffe“!

Fabio De Masi

Foto: Oliver Hansen - GUE/NGL



Direktkandidat für den Bezirk Altona

Unseren meisten LeserInnen ist Robert Jarowoy wohl bekannt als streitbarer Oppositionspolitiker in der Altonaer Bezirksversammlung, der neben der reinen Parteipolitik immer auch die Vernetzung mit linkspolitischen Bürger-Initiativen gesucht und unterstützt hat. Für alle, die ihn nicht kennen, sei er hier kurz vorgestellt.

Warum kandidiert einer, der seit 40 Jahren in und für Altona mit Leib und Seele Politik macht, für den Bundestag? Amtsmüde, großenwahnsinnig, diätensüchtig, Scheinkandidatur? Nein, nichts von alledem. Ich möchte lediglich auch diese Möglichkeit nutzen, für Altona auf einer möglichst großen Bühne auftreten zu können. Mit den großen Themen unserer Partei:

- einer konsequenten Friedenspolitik ohne Auslandseinsätze der Bundeswehr,
- für soziale Gerechtigkeit durch eine Einführung von Vermögens- und Spekulationssteuern bei gleichzeitiger Abschaffung des Hartz-IV-Systems
- für die wirkliche Stärkung kommunaler und Bürgerrechte statt einer immer stärkeren Zentralisierung der Entscheidungsbefugnisse bis hinauf nach Brüssel mit dem entsprechenden top-down-Durchregieren.

Und damit bin ich auch schon bei den kleineren aber nicht weniger wichtigen Themen unserer Partei in Altona, die meines Erachtens für alle Städte, Bezirke und Gemeinden

in Deutschland von Bedeutung sind:

- für eine Mietpreisdeckelung nach Wiener Modell von 8 € für abgeschriebene Altbauten, die älter als 30 Jahre sind
- für die konsequent durchzusetzende Regelung von 50% geförderten Wohnungen bei Neubauten
- für die strikte Einhaltung der Vorgaben des Baugesetzbuches in Bezug auf gesunde Wohnverhältnisse durch hinreichende Freiräume und Grünflächen zum Ausgleich für die Belastung durch Lärm, Feinstaub u.a.
- für eine gute Integration von Flüchtlingen durch eine dezentrale Unterbringung mit den entsprechenden infrastrukturellen Angeboten in Kitas, Schulen, sozialen Einrichtungen, in der Ausbildung und auf dem Arbeitsmarkt
- für eine Verbindlichmachung des Bürgerwillens wie er sich in Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf regionaler Ebene manifestiert
- für eine Entscheidungsbefugnis der kommunalen bzw. bezirklichen Selbstverwaltung bei Belangen, die die Kommune bzw. den Bezirk betreffen

Zu meiner Person:

Ich bin 64 Jahre alt, wohne und wirke seit 1980 in Ottensen und bin seit 2008 Vorsitzender unserer Linksfraktion in der Bezirksversammlung Altona und dort in verschiedenen Ausschüssen tätig. Darüber hinaus habe ich eine ganze Reihe Altona-Krimis verfasst, die überwiegend im Selbstverlag erschienen sind und über den Ottenser Buchhandel vertrieben werden. Beruflich vertriebe ich Bio-Käse über ein Gemüseboxen-Abo.

Ausschussmitgliedschaften:

- Wirtschaft, Arbeit, regionale Stadtteilentwicklung
- Bauausschuss
- Planungsausschuss
- Sonderausschuss Flüchtlinge
- Hauptausschuss
- Ältestenrat

Wenn Sie mich als Ihren Altonaer Direktkandidaten und meine Partei über die Liste wählen, freue ich mich, weil ich es als eine Zustimmung zu unserer langjährigen Politik ansehen würde und damit um so selbstbewußter auftreten kann, ob in Altona, Hamburg oder Berlin.

Ihr Robert Jarowoy

Demokratie heißt Wahlrecht für ALLE!

Zaklin Nastic ist die stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Eimsbüttel. Neben ihrer Tätigkeit als Fachsprecherin für Migration, Sozialpolitik und Inklusion ist sie Vertreterin in verschiedenen Ausschüssen. Zaklin Nastic ist selbst Migrantin und lebt seit 1990 in Hamburg, zunächst als Flüchtlingskind auf der „Bibi Altona“ in Neumühlen, einem damaligen Wohnschiff für Asylsuchende. Bei der Wahl für die Hamburger Landesversammlung wurde sie auf Platz 2 der Hamburger Landesliste DER LINKEN für den Bundestag gewählt und ist außerdem Direktkandidatin für den Bezirk Eimsbüttel.



Demokratie heißt Herrschaft, die durch die Allgemeinheit, das Staatsvolk ausgeübt wird. Das würde für eine wirklich demokratische Gesellschaft beinhalten, dass Migrantinnen und Migranten auch das Wahlrecht ausüben können.

Deutschland ist offiziell ein Einwanderungsland, selbst die CDU gibt es mittlerweile zu. Jede*r fünfte Einwohner*in hat einen so genannten Migrationshintergrund. Doch noch immer sind über 7,2 Millionen MigrantInnen ohne deutschen Pass in Deutschland aus dem politischen Leben und einer Mitbestimmung ausgeschlossen, so auch bei den nächsten Bundestagswahlen im September 2017. Das ist zutiefst undemokratisch und ausgrenzend.

Die vielen Millionen Menschen die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, sich in vielen Bereichen, wie z.B. Elternvertretungen, Gewerkschaften, Vereinen, Parteien und Initiativen einbringen und organisieren, sind von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen und dürfen diesbezüglich nicht partizipieren. EU-AusländerInnen dürfen zumindest auf kommunaler oder Europaebene mitwählen.

16 EU Mitgliedsstaaten haben das kommunale Wahlrecht für EU-BürgerInnen mittlerweile eingeführt. Deutschland, welches sich stets gern als Vorzeigeland für De-

mokratie und Freiheit präsentiert, hat bis heute diesen Aspekt der Demokratisierung nicht eingeführt. DIE LINKE Hamburg fordert deshalb: Demokratie für alle, die hier wohnen.

Wir treten für eine weltoffene Gesellschaft ein, die ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander in Anerkennung der Verschiedenheit aller Menschen umfasst. Das erfordert gleiche Rechte auf politische Teilhabe für alle in Deutschland lebenden Menschen. DIE LINKE will die Rechte von MigrantInnen stärken und ihre Chancen verbessern. „Integration“ ist eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Migrantinnen und Migranten gehören zu unserer Gesellschaft, unserem Leben und unserer Kultur, sie bereichern Deutschland.

Zum Verständnis einer demokratischen Gesellschaft gehört, dass alle hier lebenden Menschen, die von der Ausübung von Staatsgewalt betroffen sind, auch gleichberechtigt an der Konstituierung dieser Staatsgewalt beteiligt werden. Partizipation ist ein Menschenrecht und darf nicht Millionen von nicht-deutschen Staatsbürger*Innen verwehrt werden. Eine friedliche, solidarische, demokratische Gesellschaft ist erst erreichbar, wenn die Voraussetzungen für das gemeinsame Handeln aller Menschen, unabhängig von ethnischer Herkunft oder Glauben, geschaffen und ausgebaut werden. Deshalb ist das Wahlrecht für alle immanent für eine demokratische, solidari-

sche Gesellschaft.

Darum fordert DIE LINKE: Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen sollen ein Recht auf die deutsche Staatsbürgerschaft haben, ohne die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern ablehnen zu müssen. Darüber hinaus streiten wir für leichtere Einbürgerungsmöglichkeiten für in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten. Wir wollen Mehrfachstaatsbürgerschaften ermöglichen. Der Optionszwang muss abgeschafft werden und eine einkommensunabhängige Einbürgerung ist notwendig.

Wir wollen das Wahlrecht für alle in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben. Auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, sowie bei Bürger*innen-Entscheiden, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft, in der sie leben, an der sie täglich teilhaben und in der sie aktiv sind, endlich mitgestalten können.

Demokratie heißt Wahlrecht für ALLE!

Migrantinnen und Migranten sind für DIE LINKE keine „Gäste auf Zeit“. Sie gehören zum Leben unseres Landes. DIE LINKE will die Rechte von Migrant*Innen stärken und sich für eine Demokratisierung der Gesellschaft für Alle einsetzen. Ein unverzichtbarer Schritt dafür ist das Wahlrecht für alle!

Zaklin Nastic
 Foto: DIE LINKE



DIE LINKE: Eine starke Stimme gegen Rechts

Cornelia Kerth, 1954 geboren, Sozialwissenschaftlerin.
Platz 3 der Landesliste und Direktkandidatin in Wandsbek.

Rassistische Gewalt gehört in Deutschland zum Alltag. Allein 1.000 mal wurden 2016 Anschläge auf Unterkünfte für Geflüchtete verübt, dazu wurden mehr als 2.500 Angriffe auf geflüchtete Menschen gezählt. Die Partei, die seit ihrer Gründung die Ideologie liefert, die zu Mord und Totschlag führt, ist in Deutschland nicht verboten. Ja, sie nehme eine aggressiv-kämpferische Haltung gegen die Verfassung ein, ja, sie sei dem historischen Faschismus wesensverwandt, aber um sie zu verbieten, sei sie zu unbedeutend. So urteilte das Bundesverfassungsgericht im Januar 2017 über den Verbotsantrag gegen die NPD.

Seit PEGIDA sind Hass und Gewaltphantasien überall öffentlich präsent. Nur wenige sprechen aus, dass sich da formiert, was schon seit den 1980er Jahren in der alten BRD bekannt ist und seit Anfang der 2000er in diversen Studien immer wieder belegt wird: 20 bis 30 Prozent der Bevölkerung sind offen für extrem rechte Positionen. Statt dieses Problem ernst zu nehmen und zu erkennen, dass es höchste Zeit ist, Neofaschismus und Rechtspopulismus entschieden gesellschaftlichen Widerstand entgegenzusetzen, wird rechte Mobilisierung von Medien und Politik – bis in unsere Partei hinein – als „sozialer Protest“ verharmlost. Da werden Hassparolen zu „Sorgen der Menschen“, da werden Versammlungs- und Meinungsfreiheit reklamiert, wo es gegen Menschenwürde geht.

Wenn der neu gewählte Bundestag im Herbst zusammentritt werden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in diesem Parlament Abgeordnete der AfD sitzen und als Rednerinnen und Redner ihre demokratie- und emanzipationsfeindlichen, völkisch-nationalistischen, rassistischen und sonstige reaktionäre Positionen verbreiten und in Anträge fassen.

Nicht zuletzt die Wahlen in Schleswig-Holstein und in NRW haben gezeigt, dass die AfD und die Bewegung, deren parlamentarischer Arm sie ist, schon jetzt zu einer erheblichen Rechtsentwicklung der politischen Landschaft geführt haben: CDU und FDP haben Themen und Forderungen der AfD aufgegriffen und sind damit zu Gewinnern geworden. Dabei ist es offensichtlich nicht von entscheidender Bedeutung, dass den Sozialdemokraten keiner ihre „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ abkauft – sonst müsste die LINKE es in beide Parlamente geschafft haben.

60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Kriegen, Verfolgung, Umweltkatastrophen und den Verwüstungen der globalen Wirtschaftsordnung, die immer mehr Menschen die Lebensgrundlagen raubt. Die wenigsten von ihnen schaffen es weiter als in ein Nachbarland. Die aktivsten, entschiedensten, mutigsten wagen den Weg über's Meer, um die Festung Europa zu erreichen. Tausende von ihnen ertrinken unterwegs.

Es sind die Auflagen von IWF und Weltbank, die Menschen in vielen Ländern der Welt ihrer Existenzgrundlagen berauben. Es ist die Politik der Destabilisierung „ungeliebter“ Regierungen, die Lieferung von Waffen in Krisengebiete, die Kriege befeuern, es ist die Kooperation mit Diktatoren und Kleptokraten, die dafür sorgt, dass die Verhältnisse bleiben wie sie sind. Flucht ist der Ausdruck der Verhältnisse, die deutsche und europäische Politik wesentlich zu verantworten haben.

Die europäische Abschottungspolitik ist verantwortlich für das Elend der Flüchtenden. Die Antwort der Regierenden auf die humanitäre Katastrophe, die ihre Politik verursacht, lautet, man müsse Schleppern das Handwerk legen. Der Antidemokrat und Kurden-schlächter Erdogan wird mit Milliarden unterstützt, damit er Geflüchtete in Lager sperrt, in Afrika wird mit Diktatoren verhandelt, wie sie Bürger_innen an der Ausreise, z. B. aus

Eritrea oder dem Sudan hindern sollen. Die traditionell relativ offenen Grenzen innerhalb Afrikas sollen auf europäischen Druck dicht gemacht werden. Die Liste angeblich sicherer Herkunftsländer wird immer länger.

Dennoch sind die wenigen Menschen, die es bis nach Deutschland geschafft haben, im Fokus rechter Hetze. Hass auf „Wirtschaftsflüchtlinge“, Ängste vor eingebildeter „Überfremdung“ und angebliche Bedrohung durch „Kriminalität“ und „Terrorismus“ wabern nicht nur durch Internet-Foren, sondern werden in Talkshows als ernstzunehmende Themen behandelt. Wenn die Kölner Polizei an Sylvester auf „Nafri“-Jagd geht und damit jeden, den sie für einen Nordafrikaner hält, als potentiellen Vergewaltiger kategorisiert und wenn der Innenminister in der Bildzeitung eine Neuauflage der blödsinnigen „Leitkultur“-Debatte, garniert mit rassistischen Stereotypen, initiiert, werden solche rechten Diskurse bestätigt und legitimiert.

Beides, die Rechtsentwicklung in Deutschland – wie in ganz Europa – und der menschenverachtende Umgang mit den Flüchtenden, ist Ausdruck der Brutalisierung der Verhältnisse und treibt sie zugleich voran. Die LINKE muss sich in beidem kompromisslos auf die Seite der Menschenrechte stellen. In der globalisierten Welt, müssen Solidarität und soziale Gerechtigkeit global gedacht und eingefordert werden.

Die bevorstehende G 20-Tagung sind eine gute Gelegenheit dies in der öffentlichen Debatte verstärkt zu thematisieren; an den Protesten gegen die Politik dieser für die Verheerung der Welt Verantwortlichen sollten wir uns alle beteiligen. Die LINKE braucht jede Stimme, damit sie auch im nächsten Bundestag eine starke Stimme gegen Rechts, gegen Kriege, für offene Grenzen und Gerechtigkeit erheben kann.

Cornelia Kerth
Foto: DIE LINKE Hamburg

Darum ist es wichtig, für **DIE LINKE** zu kandidieren

Niclas Krukenberg – Er wurde als Altonaer auf Platz 4 für die Landesliste Hamburg DER LINKEN gewählt.



DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich konsequent für soziale Gerechtigkeit und Frieden einsetzt. Deshalb trat ich im September 2011 der LINKEN bei. Seither engagiere ich mich aktiv für die Belange und Interessen der Menschen in Lurup und Osdorf, dort bin ich auch zuhause. Gemeinsam mit meinen Genossinnen und Genossen aus der Stadtteilgruppe haben wir viel auf die Beine gestellt, sind vor Ort als linke Alternative zu den anderen etablierten und alt eingesessenen bürgerlichen Parteien sichtbar und ansprechbar. Seit 2016 bin ich Mitglied des Bezirksvorstands Altona. Ich gehöre auch der Solid-Jugendorganisation der Linken an. Nun kandidiere ich auf der Landesliste der Linken für die Bundestagswahl am 24. September. Meine Kandidatur hat nichts mit dem Willen zu tun, irgendeine parlamentarische Karriere zu starten, wohl aber damit, im Wahlkampf allen Interessierten unsere sozialen und friedenspolitischen Vorstellungen nahe zu bringen.

Ich bin 24 Jahre alt und studiere Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg. Neben meinem Studium arbeite ich seit mehreren Jahren als Schwimmtrainer. Mir bereitet die Arbeit mit Kindern sehr viel Spaß. Politische Themen haben mich jederzeit sehr interessiert, und 2009 habe ich dann das erste Mal beim Bundestagswahlkampf mitgeholfen. Schon immer war ich sozial eingestellt. Ich habe für mich erkannt, dass wirkliche soziale Gerechtigkeit erst erreicht werden kann, wenn wir den Kapitalismus überwinden.

Ich mag es einfach nicht, wenn es anderen Menschen schlecht geht, und leider geht die Entwicklung zurzeit in diese falsche Richtung. Das Land ist wohlhabender denn je – nur leider ist dieser Wohlstand sehr

ungerecht verteilt. Als sozialistische Partei ist DIE LINKE die einzige politische Kraft in Deutschland, die für wirkliche soziale Gerechtigkeit kämpft. Aktuelle Versuche der Schulz-SPD, sich mit sozialen Themen zu profilieren, sind dagegen pure Heuchelei. Die SPD muss von uns weiterhin als Hartz IV-Partei entlarvt werden, die für Sozialkürzungen steht. Völlig grotesk ist, dass die SPD ihre angeblich neue Sozialpolitik ausgerechnet im Bündnis mit der neoliberalen FDP realisieren will.

Am meisten interessiert mich allerdings die Außenpolitik, die zurzeit mehr als de-saströs ausgeführt wird. Bereits als Kind fand ich es schrecklich, wenn in der Tagesschau über die Kriege dieser Welt gesprochen wurde. Ob der Nahost-Konflikt, der Afghanistan- oder der Irakkrieg. Kriege bestimmen schon immer das Weltbild, und bis heute wird es immer wieder versucht, Kriege zu rechtfertigen. Was dabei jedoch außer Acht gelassen wird: Man kann Kriege nicht rechtfertigen, denn die Leidtragenden sind immer die Unschuldigen, die ZivilistInnen.

Trump zeigt wieder einmal, dass die USA eine Politik betreiben, die sich über alle anderen Interessen hinwegsetzt. Das Abfeuern von 59 Tomahawks auf das syrische Regime war, ohne UNO-Mandat, nicht nur völkerrechtswidrig, sondern auch ein Offenbarungseid des Präsidenten, der Clinton noch im Wahlkampf für ihre Kriegspolitik angegriffen hatte und eine Aussöhnung mit Russland präferierte. Die Eskalation zu Russland hat er in seiner noch recht kurzen Amtszeit jedoch nochmal auf eine neue Ebene gehoben. Weil das jedoch noch nicht genug ist, werfen die USA zusätzlich noch die größte nicht-nukleare Bombe der Welt ab und feiern dies auch noch als einen Erfolg. Eine Eskalation mit

dem Iran oder Nordkorea gilt nicht als ausgeschlossen. Und die Bundesregierung verliert mal wieder kein einziges schlechtes Wort gegenüber ihrem mächtigsten Verbündeten, den USA. Ganz im Gegenteil, Ursula von der Leyen verteidigt das amerikanische Handeln sogar noch und hält es für verständlich. Das Völkerrecht muss jedoch für jeden gelten und nicht nur, wenn es einem gerade passt.

Allerdings rüstet Deutschland weiter auf. Bis 2024 will die Bundesregierung ihre Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes anheben. Dies hatten sich die Nato-Mitgliedstaaten 2014 vorgenommen. Bereits letztes Jahr sind die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik um 10% gestiegen. Die Ausgaben der Nato übersteigen die von Russland ohnehin schon ums Vielfache. Ausgaben für Rüstung ist rausgeworfenes Geld – Geld, das dringend für eine konsequente Sozialpolitik im Land benötigt wird. Stattdessen wird ein neues Kommando der Bundeswehr für den Cyber- und Informationsraum gegründet. Dieses geht jedoch schon im Ansatz über ihre Kompetenz als Verteidigungsarmee hinaus. Mit diesem Kommando wird die Bundeswehr immer mehr völkerrechtswidrige Angriffe ausführen und somit auch das Grundgesetz verletzen. Die Bundesregierung beteiligt sich am Legen von immer mehr Brandherden in der Welt, Konflikte sollten jedoch immer diplomatisch und nicht mit Waffengewalt gelöst werden.

Mit meiner Bundestagskandidatur will ich vor allem erreichen, dass sich noch mehr Jugendliche für die sozial- und friedenspolitischen Positionen der LINKEN interessieren und sich in unserer Partei engagieren.

Niclas Krukenberg
Foto: Karsten Strasser

Brennpunkte in Altona: Die Flüchtlinge

Nachdem wegen der abgeschoteten Grenzen der Festung EU kaum noch Flüchtlinge nach Hamburg kommen, hat sich die Aufregung über dieses Thema gelegt, was zweifellos auch den Abschwung der Zustimmung zur AfD in den Umfragen widerspiegelt. Dennoch sind die nach Hamburg gelangten Flüchtlinge ja nicht weg. Was also ist aus ihnen geworden, wie steht es um die Unterkünfte?

Für Altona kann man sagen, dass sich die Situation normalisiert hat. Die schlimmsten provisorischen Unterbringungen wie im ehemaligen Max-Bahr-Baumarkt am Rugenfeld und auch die winterlichen Zeltunterbringungen in der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung an der Schnackenburgallee auf

In Rissen, wo der Senat zunächst eine riesige Flüchtlingsunterkunft für bis zu 8000 Personen direkt neben der gerade unmittelbar daneben gelegenen Groß-Unterbringung Sieverstücken mit 2000 Personen plante, hat sich durch den Druck der Volksinitiative für gute Integration VIN eine zwar immer noch hart umrungene Perspektive für ein sozial und ethnisch durchmisches Bauen durch die SAGA ergeben. Die Linksfraktion hat die VIN von Anfang in ihrem Bemühen unterstützt, da auch wir das ursprüngliche Konzept des Senats - das Aus-dem-Boden-Stampfen riesiger zentralisierter Flüchtlingsunterkünfte als Fremdkörper in den dafür vorgesehenen Stadtteilen - für falsch hielten und weder gut für die Flüchtlinge noch für die Bestandsbevölkerung ansahen. Auch durch unser klares



Die große Flüchtlingswelle wurde ausgebremst, unter anderem durch Merkels schmutzigen Deal mit Erdogan. Wie ergeht es aber den Flüchtlingen die hier angekommen sind? Foto: Ruben Neugebauer

dem Durchreiseplatz der Roma und Cinti bzw. auf dem HSV-Parkplatz braun sind aufgelöst. An der Schnackenburgallee, wo vor einem Jahr noch 2000 Menschen hausten, sind es jetzt nur deutlich unter tausend, die in Wohncontainern untergebracht sind. Ihre Weiterleitung in sog. Folgeunterkünfte funktioniert zwar immer noch nicht in den vorgegebenen 3 Monaten, aber immerhin binnen einem halben Jahr.

Bemerkenswert ist der Umbau des großen Büro-Komplexes an der Trabrennbahn von einer Erstunterbringung zu einer Folgeunterbringung. Hier hat DIE LINKE schon vor Jahren gefordert, dass dieses Gebäude zu Wohnungen umgerüstet wird, was damals immer als technisch unmöglich zurückgewiesen wurde. Nun ist es plötzlich möglich geworden. Eine gute Maßnahme nach mehr als zehnjährigem Leerstand eines damals neu errichteten Bürokomplexes, der wegen des Wegzuges u.a. der Barclay-Bank in die Hafen-City nicht mehr genutzt wurde.

Eintreten gegen die Senatspolitik von links haben wir vielleicht dazu beigetragen, dass die AfD in Rissen keinen Stich bekam.

Die anderen - provisorischen - Folgeeinrichtungen, die fast ausschließlich von fördern&wohnen betrieben werden (mit einigen Ausnahmen, wo das Deutsche Rote Kreuz oder der Malteser Hilfsdienst den Zuschlag bekamen), sind im Großen und Ganzen ordentlich. Sie bestehen aus aufeinander gestapelten Wohncontainern oder mehrheitlich sog. Modulhäusern. Dort haben jeweils ein paar Wohneinheiten gemeinsam eine Küche, einen Nassbereich mit Duschen und Waschmaschinen. Spiel- und Bolzplätze befinden sich ebenso wie gemeinschaftlich nutzbare Flächen - z.B. zum Grillen - in unmittelbarer Nähe der Unterkünfte. Dies gilt für folgende Einrichtungen: Sieverstücken (Sülldorf/Rissen), Luruper Hauptstr./Desy/HSV-Parkplatz grün, Rugenbarg (Osdorf), Notkestr, August-Kirchstr. (beide in Bahrenfeld), Holm-

brook am Elbtunnel (Othmarschen). Eine abschreckende Ausnahme bildet eine der ältesten Altonaer Einrichtungen in der Waidmannstr. nahe dem S-Bahnhof Diebsteich.

In dieser trostlosen Einrichtung - einer umgebauten ehemaligen Montagehalle für Automaten - sind überwiegend Roma-Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien einquartiert, die nie einen Flüchtlingsstatus bekommen, allenfalls eine alle drei Monate zu verlängernde Duldung, weil sie keine Pässe haben und die nach der Zerschlagung Jugoslawiens neu entstandenen Staaten bestreiten, dass sie jemals in Montenegro, Serbien, Mazedonien oder Kroatien gelebt hätten. Ähnlich gehen auch die

EU-Staaten Bulgarien und Rumänien gegen die Roma vor. In dieser Einrichtung leben Roma-Familien z.T. seit 20 Jahren (also seit Ende des völkerrechtswidrigen Jugoslawien-Krieges der NATO unter maßgeblicher Mitbeteiligung Deutschlands). Deutschland hat nun unter der Ägide des jetzigen Bundespräsidenten und damaligen Außenministers Frank-Walter Steinmeier mit dem künstlich gebildeten Mafia-Staat Kosovo ein Abkommen geschlossen, dass der Kosovo gegen viel Geld aus Deutschland abgeschobene Roma aufnimmt. Im Kosovo wird Albanisch gesprochen, was nicht die geringste Verwandtschaft mit dem Serbo-Kroatischen aufweist, was die meisten Roma neben ihrer eigenen Sprache einigermaßen beherrschen. Dass die abgeschobenen Roma dort - wie auch in anderen Balkan-Staaten - immer wieder pogromähnlichen Verfolgungen ausgesetzt sind, ist eigentlich bekannt, wird von der deutschen Politik aber beharrlich ignoriert.

Um gegen diese Situation und für das Volk der Roma ein Zeichen der Solidarität zu setzen, hat DIE LINKE am 8. April, dem Welt-Roma-Tag eine Veranstaltung im Altonaer Rathaus organisiert, die nach hartnäckigem Einsatz schließlich von der Bezirksversammlung getragen wurde. Dass dort von den anderen Parteien lediglich die stellvertretende Vorsitzende der Bezirksversammlung erschien, um ein paar Grußworte zu entrichten, wird keine/n überraschen. Ein Erfolg war die Veranstaltung dennoch und ermutigt uns, diesen Weg konsequent weiter zu beschreiten.

Robert Jarowoy

Brennpunkt: Der Altonaer Bahnhof

Nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik wurden die bis dahin als Staatsbahnen betriebene Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Reichsbahn zusammengelegt und zur Deutschen Bahn AG in ein privatwirtschaftlich agierendes Unternehmen umgewandelt, gleichwohl sich dieses zu 100% im Staatsbesitz befand und immer noch befindet. Das hatte und hat zur Folge, dass die Bahn Entscheidungen fällen kann, die ausschließlich betriebswirtschaftlich begründet sind - völlig unabhängig von ihrem eigentlichen Auftrag der Beförderungsverpflichtung von Personen und Gütern.

Dies hat u.a. zur Folge, dass die Bahn zu einem weltweit agierenden Logistikunternehmen aufgestiegen ist, das in Australien und China investiert - in der Hoffnung, dort Renditen realisieren zu können - während hier unrentable Bahnhöfe in ländlichen Gegenden geschlossen und verkauft und Strecken stillgelegt werden - ohne Beachtung der Mobilitätsbedürfnisse der ortsansässigen Bevölkerung. Proteste der Bevölkerung werden von den jeweiligen Kommunal- oder Bezirkspolitikern mit der Argumentation zurückgewiesen, dass man da nichts machen könne, das seien nun einmal betriebswirtschaftliche Konzernentscheidungen.

Dass die Grundstücke für die Trassenführung und die Bahnhöfe in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts nach der Verstaatlichung der Privatbahnen unter Bismarck im deutschen Kaiserreich von den Magistraten der Städte dem Preußischen Eisenbahnfiskus kostenlos überschrieben wurden, ist heute ungern gehört, da es Rückforderungen in den öffentlichen Besitz zur Folge haben könnte, wenn die Kommunen denn

diese Forderungen stellen würden.

In Hamburg sind die kommunalen Rechte der Bezirke auf Empfehlungen an den Senat und seine Fachbehörden reduziert, seit die Nazis 1937/38 die Hamburgische Einheitsgemeinde schufen, die nach dem Krieg von den SPD- oder CDU-geführten Senaten nie in Frage gestellt wurde. Infolgedessen könnte nicht der Bezirk Altona Rückforderungen an die Deutsche Bahn AG stellen, sondern

Hiergegen hat sich mit Unterstützung und Beteiligung der Altonaer Linksfraktion die Initiative „Prellbock Altona - unser Bahnhof bleibt, wo er ist!“ gebildet. Die Argumente sind vielfältig:

Kein Mensch will in Diebsteich in eine Bahn einsteigen, wo es weder eine nennenswerte Wohnbevölkerung noch eine Anbindung an den ÖPNV geben wird, der Hamburger



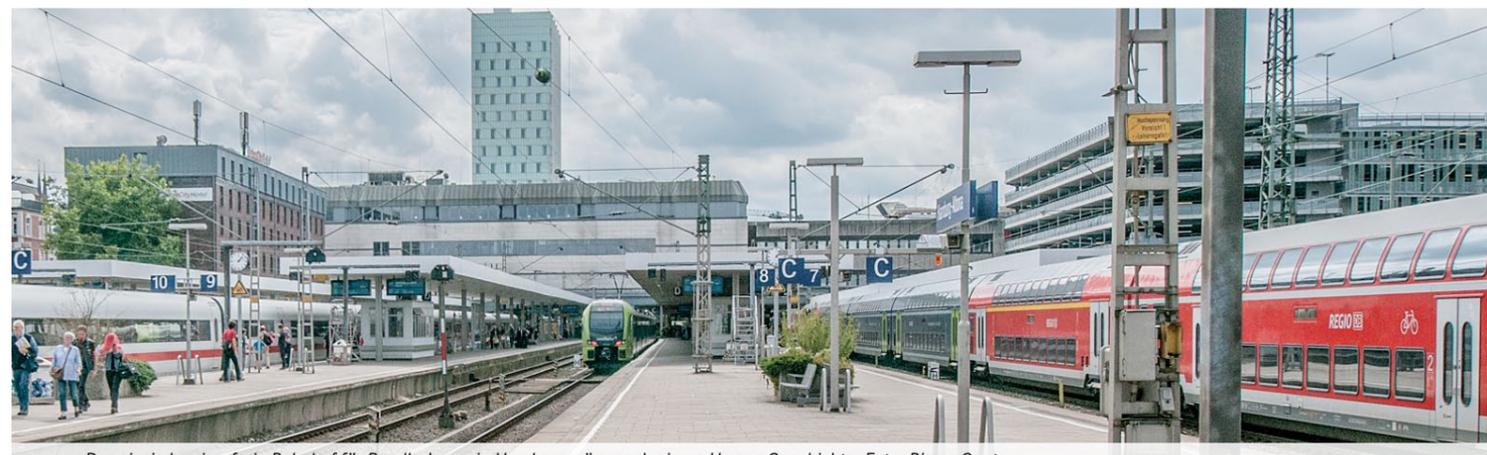
Podiumsdiskussion im Kollegiensaal des Altonaer Rathauses am 27. Februar 2017 zur Verlegung des Altonaer Bahnhofs nach Diebsteich mit Vertretern der DB, dem Leiter des Amtes für Verkehr und einem Vertreter der Bürger-Initiative „Prellbock Altona, unser Bahnhof bleibt wo er ist“. Foto: prellbock-altona.de

nur der Hamburger Senat als Allein-Herrscher über die kommunalen Belange. Das tut er natürlich nicht, weil er personell und finanziell über den Aufsichtsrat eng mit dem Vorstand der Deutschen Bahn verflochten ist.

Vor diesem Hintergrund haben die Bahn und der Senat beschlossen, den Altonaer Fern- und Regionalbahnhof zu schließen bzw. nach Diebsteich zu verlegen.

Hauptbahnhof ist schon jetzt total überlastet, der Altonaer Bahnhof ist der einzig wirklich barrierefreie, wichtig für PendlerInnen aus Schleswig-Holstein, mit seiner Schließung würde Altonas Westen (Elbvororte) abgehängt, die Verlegung ist technisch unsinnig, unkalkulierbar teuer und raubte Altona ein weiteres Herzstück, wenn denn so - wie beim Abriss des Bismarck-Bades - gegen den ausdrücklichen Willen der Altonaer Bevölkerung durchgesetzt werden würde.

Robert Jarowoy



Der einzig barrierefreie Bahnhof für PendlerInnen in Hamburg wäre nach einem Umzug Geschichte. Foto: Birger Gente



Protest beim Richtfest für die Zeise-2-Büros. „Tarnen, täuschen und tricksen“ – dort werden bald Fake-News für Konzern-Interessen geschaffen. Foto: Regine Christiansen

WPP – umstrittener Medienkonzern bezieht Zeise-2-Büros

Zwei Jahre dauerte der Streit um die Errichtung einer Hamburger Zentrale des WPP-Konzerns auf dem Gelände des ehemaligen Zeise-Parkplatzes im Herzen von Ottensen. 29.000 Menschen unterstützten im Bürgerentscheid vom September 2015 den Protest gegen die Ansiedlung und forderten stattdessen, den ursprünglich von den Bezirkspolitikern versprochenen Wohnungsbau umzusetzen. Die Bürgerinitiative „Pro Wohnen Ottensen“ reichte Klage gegen die nach ihrer Überzeugung rechtswidrige Baugenehmigung vom Juli 2015 ein. Vergeblich. Mit Unterstützung der Bezirkspolitik und des Hamburger Scholz-Senats wurden den Investoren alle Wünsche zur schnellen Umsetzung des Projekts gegen jeden Widerstand der BürgerInnen in Ottensen und Altona erfüllt. Ende April ist es nun soweit und der ungewollte Nachbar zieht ein.

Mit wem haben wir es zu tun?

Die WPP wurde 1971 als ‚Wire and Plastic Products plc‘ gegründet. 1985 übernahm der Werbemanager Martin Sorrell die Londoner Firma. Durch Zukäufe und feindliche Übernahmen entwickelte er den einstigen Drahtkorbhersteller zur größten Werbeholding der Welt. 150 Firmen gehören heute dazu. 2015 waren in 112 Ländern insgesamt 170.000 MitarbeiterInnen beschäftigt, der Umsatz betrug 17 Milliarden Euro. In Hamburg sind 29 WPP-Firmen vertreten. Größte Niederlassung ist die Werbeagentur Scholz & Friends, der ‚Ankermieter‘ in Zeise-2, mit rund 450 MitarbeiterInnen. Neben

Geschäften mit klassischer und digitaler Werbung und dem Handel mit Werbeplätzen machen ein Viertel des Konzernumsatzes Dienstleistungen in der Markt- und Meinungsforschung aus.

PR-Arbeit: Finstere Verbindungen

Ihren schlechten Ruf verdankt die WPP vor allem ihren PR-Firmen. Mit Hill+Knowlton und Burson-Marsteller gehören zwei der am übelsten beleumundeten Branchenvertreter zum WPP-Netzwerk.

Die Agentur Hill+Knowlton (H+K) ist spezialisiert auf Krisen-PR und Imagepflege. Sie kam 1987 unter das Dach der WPP-Gruppe. Ihr berühmtester Coup ist die ‚Brutkastenlüge‘, mit der Ende 1990 Stimmung für den ersten US-Krieg gegen den Irak gemacht wurde. Die Süddeutsche Zeitung schrieb darüber: „Die 15-jährige Hilfskrankenschwester Nayirah aus Kuwait wollte beobachtet haben, wie irakische Soldaten ihr Krankenhaus überfielen. ‚Sie nahmen die Babys aus den Brutkästen und legten sie zum Sterben auf den Boden‘, erzählte Nayirah unter Tränen. Die westliche Welt war schockiert. (...) Wenig später begann (...) der erste Krieg der USA gegen den Irak. Nayirah war aber gar nicht Nayirah. In Wirklichkeit heißt sie Nijirah al-Sabah und ist die Tochter des damaligen kuwaitischen Botschafters in den USA. PR-Profis von Hill+Knowlton hatten das Mädchen als angebliche Zeugin ausgewählt. (...) Als die Lüge aufflog, war der Golfkrieg schon vorbei.“

Seit Langem arbeitet Hill+Knowlton mit dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) zusammen. Raffiniert war die H+K-Beratung zu den Olympischen Spielen in Peking 2008. Neben dem IOC gehörten die chinesische Regierung und das Pekinger Organisationskomitee für Olympia zu den Klienten. Eine Interessenverquickung, die sich auszahlte: WPP vermeldete für 2008 ein Rekordergebnis, vor allem wegen rasant gestiegener Umsätze in China.

Die PR-Agentur Burson-Marsteller (B-M) wurde im Jahr 2000 von WPP übernommen. Die Liste berühmter Auftraggeber las sich schon damals wie eine Zusammenkunft im Gruselkabinett: Der chilenische Diktator Augusto Pinochet und die argentinische Militärjunta sowie die rumänische Regierung unter Nicolae Ceausescu gehörten zu den Kunden. Krisen-PR leistete die Firma auch dem Chemiekonzern Dow Union Carbide 1984 nach dem verheerenden Unfall im indischen Bhopal. Eine Burson-Marsteller-Spezialität ist ‚Grassrooting‘, das Vortäuschen von Bürgerprotest. In den USA betreibt sie die Firma ‚Direct Impact‘, die auf Bestellung Bürgerinitiativen organisiert. Zu den bizarrsten Blüten dieser Strategie gehören die ‚Mothers for Nuclear‘, die für die US-Atomlobby nach dem Super-GAU in Fukushima 2011 als Kronzeuginnen für die Ungefährlichkeit von Atomkraft warben.

Aus jüngerer Zeit ist bekannt, dass Burson-Marsteller nach dem Wahlsieg der Erdo-

gan-Partei AKP im November 2015 für das Büro des türkischen Ministerpräsidenten arbeitete, um das Image der türkischen Regierung im Westen aufzupolieren. Und für das IOC übernahm B-M 2015 ein Mandat zur Krisenkommunikation: Nachdem eine ARD-Dokumentation Belege für ein staatliches Doping-System in Russland ans Licht gebracht hatte, wurde die PR-Agentur damit beauftragt, mit einer weltweiten Kampagne das drohende Olympia-Aus zu verhindern.

Die deutsche Agentur Scholz & Friends (S&F), die seit 2011 zur WPP gehört, nimmt ebenfalls Aufträge zur politischen PR an. Bekannt ist die tragende Rolle für die 1999 gegründete Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, ein Projekt des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall zur Förderung wirtschaftsliberaler Reformen. Scholz & Friends entwickelte das Konzept der ‚Initiative‘. Bis zu 40 Personen arbeiteten für die Arbeitgeber-Lobby. Das Mandat endete 2009.

Auch in einer aktuell hoch umstrittenen politischen Debatte ist Scholz & Friends aktiv: Die EU-Kommission beauftragte 2016 ein europäisches Agenturkonsortium zur Werbung für das Freihandelsabkommen TTIP. Die Aufgabe, in Deutschland von S&F ausgeführt, lautete: Beispiele aus der Klein- und mittelständischen Wirtschaft zu liefern, um das „Storytelling über die Vorteile eines TTIP-Abkommens (zu) verbessern“.

Mit PR-Mandaten üben WPP-Firmen teils erheblichen Einfluss auf die politische Meinungsbildung aus. Dass die WPP dabei mit doppelten Standards operiert, zeigt eine Veröffentlichung des britischen Guardian aus dem Jahr 2014. Das Blatt hatte gemeinsam mit einer US-Organisation bei 25 weltweit agierenden PR-Firmen angefragt, ob sie für Leugner des menschengemachten Klimawandels oder gegen UN-Bemühungen zur CO₂-Reduzierung arbeiten würden. Die WPP-Holding in London – dort arbeiten gerade einmal 25 Personen – ant-

wortete, „der Auftrag eines Klienten oder einer Kampagne, die den Klimawandel bestreitet, würde Unternehmens-Richtlinien verletzen“. Diese Aussage war nichts wert, denn zugleich äußerte eine WPP-Sprecherin über die 150 Firmen des Netzwerks: „Sie haben ihre eigenen Entscheidungen über Kunden getroffen und würden keine Kampagnen ausschließen, die gegen Regulierungen zur Senkung von Treibhausgasemissionen gerichtet sind.“ Die WPP-Tochter Ogilvy Public Relations gab keine Auskunft über einschlägige Kunden, und Hill+Knowlton beantwortete diese Frage überhaupt nicht.

Länder als Markenprodukt

Ende Januar 2016 präsentierte die WPP beim Weltwirtschaftsforum in Davos zusammen mit einer US-Zeitung und einem Wirtschaftsinstitut erstmals ihren Best Country Report. Ein an der Studie beteiligter Marketing-Professor brachte die Botschaft des Rankings auf den Punkt: „Why Countries Need to Sell Themselves“.

Auch der Geschäftsführer von Scholz & Friends Hamburg, Roland Bös, profilierte sich mit Bezug auf diese Losung. Im März 2016, nachdem die AfD aus drei Landtagswahlen als Gewinnerin hervorgegangen war, veröffentlichte er einen Beitrag in der Huffington Post. Seine Sorge: „Angesichts der großen Not so vieler heimatloser Menschen wirkt es beinahe zynisch, sich jetzt um das Markenimage unseres Landes zu sorgen. Aber in einer zusammen wachsenden Weltwirtschaft stehen einzelne Staaten in einem immer härteren Wettbewerb. Bei diesem gelten auch für sie zunehmend die Gesetze der Marke. Ein System, das wir lange Zeit vor allem aus der Konsumgüterindustrie kannten, findet heute längst seine Anwendung in allen Bereichen des Lebens. (...) Ein plötzlich ‚schwarz-rot-goldbraun‘ gefärbtes deutsches Markenzeichen ist also nicht nur ein gesellschaftliches Armutszeugnis, sondern auch in höchstem Maße geschäftsschädigend.“

Steuervermeidung auch bei WPP

Der Klassiker: WPP zahlt ungerne Steuern und weiß es auch zu vermeiden. Die Zeitschrift Werben&Verkaufen nahm die Bilanz von 2014 unter die Lupe. Bei einem Umsatz von 1,1 Milliarden Euro erzielte die WPP in Deutschland einen operativen Gewinn von 163 Millionen, rechnete sich mit Hilfe von Abschreibungen aber arm und bilanzierte einen Verlust von 113 Millionen Euro. Am Ende zahlte der Konzern in Deutschland lediglich 33 Millionen an Steuern. 97 Millionen Euro wurden an die WPP-Muttergesellschaft ausgeschüttet, die ihren steueroptimierten Sitz auf der britischen Kanalinsel Jersey hat.

Integration im WPP-Netzwerk

Die WPP praktiziert mit ihren 150 Firmen die Integration getrennt erbrachter Leistungen seit Langem. Für einzelne Kunden werden globale Teams zusammengestellt. Laut PR-Magazin sind 19 Länder- und Regionalmanager dafür zuständig, „die Zusammenarbeit der Netzwerkagenturen zu fördern“. Außerdem sollen so genannte ‚Cross Group Units‘ „den Wissensaustausch fördern und Synergien freisetzen. Solche Arbeitskreise existieren zu Themen wie Konsumgüter, Digitales, Health oder Politikberatung“.

Nicht alle Tochterfirmen, die in diesem Kurzporträt der WPP erwähnt sind, werden in Ottensen einziehen. Insbesondere die fragwürdigsten – Hill+Knowlton und Burson-Marsteller – haben bislang keine Büros in Hamburg. Im Netzwerk sind sie mit den Hamburgern dennoch verbunden. Bei welchen Aufträgen wessen Ressourcen innerhalb des WPP-Netzwerk genutzt werden, das wird nicht kommuniziert. Eine ausführliche Recherche über WPP mit Quellenangaben ist auf der Homepage von www.pro-wohnen-ottensen.de nachzulesen.

Matthias Müller-Hennig
(BI „Pro Wohnen Ottensen“)



Aufklärung über die Agenda des neuen Nachbarn – Lichtprojektion von „Pro Wohnen Ottensen“ auf den WPP-Neubau zum Einzug am 21. April 2017. Foto: Regine Christiansen

DIE LINKE setzt Enquete-Kommission Kinder- und Jugendhilfe durch:

Im Dezember 2016 wurde auf Beschluss der Hamburg Bürgerschaft eine Enquete Kommission eingesetzt. Vorher hatte ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis von Organisationen und Einzelpersonen aus allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe in Zusammenarbeit mit der Linken dazu einen Aufruf erstellt und zu einer Neuorientierung in der Kinder- und Jugendhilfe aufgerufen. Für so eine Initiative gab es verschiedene Gründe:

- Die Erziehungshilfen in Hamburg werden in der öffentlichen Diskussion seit langer Zeit überwiegend negativ wahrgenommen. Beispielhaft dafür sind die Diskussionen um Kostensteigerungen in der Kinder- und Jugendhilfe, entwürdigende Konzepte und misshandelnde Praxis in Jugendheimen mit und ohne geschlossene Unterbringung und die Diskussion im Zusammenhang mit den Todesfällen der Kinder, die sich in der Betreuung der Jugendämter befunden haben.
- In der Vergangenheit hatte die Hamburger Bürgerschaft auf diese Probleme immer mit Sonder- oder parlamentarischen Untersuchungsausschüssen reagiert. Hier hatten die politischen Parteien sich selbst evaluiert und vor allem einseitige Schulzuweisungen bei einzelnen Personen in der Jugendhilfe vorgenommen. Das Ergebnis: Vor allem ein Ausbau an Kontrolle und Dokumentation. Viel Bürokratie und dafür wenig Zeit für die auf die Hilfe angewiesenen Menschen. Wenn es dann allerdings um die Misshandlungen von Kindern und Jugendlichen in Heimen ging war die Politik erstaunlich lax mit den Kontrollen.

Die LINKE war und ist mit dieser Entwicklung nicht einverstanden und will mit diesem Instrument das gesamte System der Jugendhilfe auf den Prüfstand stellen und dafür sorgen, dass das Parlament nicht nur in seinem eigenen Saft schmort, sondern dass durch die Beteiligung von Fachleuten aus der Gesellschaft im Rahmen so einer Kommission Erkenntnisse zum Zusammenhang von Armut und Kinderschutz gewonnen und die neuen Anforderungen durch die UN-Kinderrechtskonvention berücksichtigt werden. Auch auf die Herausforderungen der Integration der Kinder aus den Flüchtlingsfamilien muss die

Kinder- und Jugendhilfe sich einstellen. Für die Zukunft wünschen wir uns den Wegfall des Überschusses an Dokumentation und Kontrolle und dafür eine bessere fachliche Arbeit und mehr BürgerInnennähe. Das muss nicht einmal teuer sein.

Was ist eine Enquete-Kommission?



In vielen Bereichen kämpft DIE LINKE gegen Kinderarmut und für mehr Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche. Ende letzten Jahres berief die Linksfraktion bereits das Netzwerk gegen Kinderarmut ein, dessen Expertise zur Bekämpfung dergleichen im Juni dieses Jahres vorgelegt werden soll. Foto: Linksfraktion im Bundestag.

Eine Enquete-Kommission besteht gemäß § 63, Absatz 3, Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft aus Sachverständigen und gemäß § 63, Absatz 4 aus Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft. Für jedes Mitglied der Bürgerschaft kann ein/e Stellvertreter/in benannt werden. In diesem Falle wurde beschlossen, die Kommission jeweils zur Hälfte mit sachverständigen Bürger_innen und Mitgliedern der Hamburger Bürgerschaft zu besetzen. Ein Arbeitsstab unterstützt die Kommission bei ihrer Arbeit.

Was kann eine Enquete Kommission erreichen?

Bisher hat sich die Hamburgische Bürgerschaft in Form von Sonder- und Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen mit den Strukturfragen des Kinderschutzes und der Kinder- und Jugendhilfe intensiv anhand tragischer Todesfälle von Kindern beschäftigt. Hier ging es vorrangig um die Aufarbeitung der jeweiligen Einzelfälle und die Suche nach Verantwortlichen. Die strukturellen Mängel in der Kinder und Jugendhilfe, die u.a. auch den grundsätzlichen Reformbedarf auf Bundesebene ausgelöst haben, wurden bisher nicht systematisch angegangen. Vor dem Hintergrund der erklärten Mitwirkungsbereitschaft in allen Bereichen der Kinder- und

Jugendhilfe in Hamburg, verspricht die Einrichtung einer Enquete-Kommission durch die Hamburgische Bürgerschaft einen Zugewinn an Erkenntnissen und umsetzbaren Empfehlungen zur Weiterentwicklung von Kinder- und Jugendhilfe und Kinderschutz in Hamburg. Sie könnte einen Beitrag dazu

leisten, die Hamburger Kinder- und Jugendhilfe in einem sorgfältig strukturierten Prozess zu einem inklusiven, wirksamen und dauerhaft tragfähigen Hilfesystem weiter zu entwickeln. Dazu gehören die Entwicklung von Finanzierungsmodellen für systemische Unterstützungsformen an den Schnittstellen, sowie die Verbesserung von Steuerungsinstrumenten und Förderprogrammen in der Jugendhilfe, die die Rechte der Kinder und Jugendlichen sicherstellen, sowie die Entwicklung eines sozialraumorientierten und präventiven Ansatzes ermöglichen.

Themenfelder der Enquete-Kommission, die uns am Herzen liegen

In den vergangenen Jahren hat sich eine Reihe von Rahmenbedingungen verändert, die eine systematische Überprüfung der inhaltlichen, fachlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen der Kinder- und Jugendhilfe notwendig machen.

So sind nach der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention und der UN-Behindertenrechtskonvention durch Bundesregierung und Bundestag diese internationalen Rechte in Deutschland unmittelbar gültig und müssen folglich auch in der Kinder- und Jugendhilfe Anwendung finden. Diese Rech-

Gute Bildung und soziale Teilhabe für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von Geschlecht oder Behinderung müsste in Deutschland eine Selbstverständlichkeit sein, dafür setzen wir uns ein. Foto: pixabay (CC0)

te sind bisher in der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe und der Familiengerichte nur ungenügend berücksichtigt worden. Das gilt sowohl für die Umsetzung von Sorgerechts- und Schutzrechten, als auch für die Beteiligungsrechte der Kinder und Jugendlichen.

Bei der Einsetzung einer Enquete-Kommission in Hamburg geht es vor allem darum, die Umsetzung der Schutz- Förder- und Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen entsprechend der UN-Kinderrechtskonvention und Behindertenrechtskonvention zu überprüfen und da, wo die Umsetzung nicht gewährleistet wird, diese auf allen Ebenen zu stärken und in allen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zu verankern. Aufgabe einer Enquete-Kommission soll es daher sein, Empfehlungen für eine Stärkung der Rechte von Kinder- und Jugendlichen und die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe zu erarbeiten. Dabei sollen die bisherigen Erfahrungen aus der Praxis des Kinderschutzes und der Kinder- und Jugendhilfe ausgewertet und Vorschläge für ein bedarfsgerechtes Angebot in der Stadt Hamburg gemacht werden.

Die Lebenslage vieler Familien, insbesondere bei sich verfestigender Armut, hat das Aufwachsen davon betroffener Kinder und Jugendlicher nachhaltig beeinträchtigt (Abschlusserklärung des Bundeskongresses zur Kinderarmut vom 12./13.11.2015 in Hamburg). Aus kinder- und jugendpolitischer Sicht geht es dabei vor allem um die sozialen Konsequenzen materieller Armut, wie den Ausschluss von Teilhabe an Kultur, Sport, Freizeit und bessere Chancen durch Bildung. Dass die Aufspaltung in arme und reiche Stadtteile auch in Hamburg zunimmt, belegen u.a. die Untersuchungen im Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE). Die Enquete-Kommission sollte aus Sicht der LINKEN Vorschläge zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe erarbeiten, die nicht nur auf in-

dividuelle Auffälligkeiten von Kindern und Jugendlichen reagiert, sondern in der Lage ist, strukturelle und darunter auch neue Anforderungen, wie vor allem die Integration von Flüchtlingskindern und deren Familien, aktiv gestaltend und vorausschauend zu bewältigen und Ausgrenzung und Bildungsbenachteiligung entgegenzuwirken.

Immer deutlicher formulieren öffentliche sowie freie Träger der Jugendhilfe in Hamburg einen Mangel an sozialpädagogischen Fachkräften. In Hamburg wurden die Ausbildungs- und Lehrkapazitäten für den Studiengang der Sozialen Arbeit der staatlichen Hochschule für Angewandte Wissenschaften in den letzten 15 Jahren stark abgebaut, so dass aktuell die Zahl der Absolventen die Nachfrage nicht mehr zu decken in der Lage ist. Dies steht im Gegensatz zum zunehmenden bundesweiten Bedarf an sozialpädagogischen Fachkräften. Die Zahl der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe hat 2014 die Marke von 800.000 Beschäftigten überschritten und hat damit die Automobilindustrie überholt (Presseerklärung der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe/AGJ) zur Eröffnung des Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages in Berlin, Juni 2014). Durch den Zuzug von Flüchtlingsfamilien und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen steigt der Bedarf weiter. Den Anstellungsträgern fällt es zunehmend schwerer, freie Stelle zu besetzen und selbst politisch gewollte Verbesserungen der Stellenausstattung z.B. im Bereich der Allgemeinen Sozialen Dienste können nicht im erwünschten Umfang und nicht zeitnah umgesetzt werden.

Wie unterstützt die LINKE die Arbeit der Enquete-Kommission?

Bis jetzt sind die Armut von Kindern, Jugendlichen und Jungerwachsenen und der dazugehörigen von Armut betroffenen Familien viel zu selten ein Thema in der Stadt. Dabei gibt die Haltung in der Bevölkerung durchaus Anlass zu Optimismus, wenn es um die Bekämpfung von Armut von Kindern

und Jugendlichen geht. Gemäß einer Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerks meinen 72% der Deutschen, dass hierzu zu wenig von staatlichen und gesellschaftlichen Verantwortungsträgern gemacht wird: Zugleich waren 66% der Bundesbürger_innen bereit, mehr Steuern zu bezahlen, wenn das Problem der Kinderarmut dadurch wirksam bekämpft würde. Vor diesem Hintergrund hat DIE LINKE dieses Thema aufgegriffen und für den 18.5.17 eine Anhörung dazu in der Bürgerschaft organisiert. Vor einem vollen Haus trugen rund 25 Menschen, die mit ihrer Arbeit Armut von Kindern und Jugendlichen bekämpfen, ihre Erfahrungen vor und legten ihre Forderungen dar. (1) Die Ergebnisse dieser Anhörung wurden in einem Wortprotokoll dokumentiert, das der Enquete-Kommission zur Verfügung gestellt wird. Am 9. Juni werden die Ergebnisse dort erörtert und bewertet. Bis Ende 2018 wird sich die Enquete-Kommission mit der Hamburger Jugendhilfe auseinandersetzen und Vorschläge zu ihrer Verbesserung und Neustrukturierung entwickeln.

Mit weiteren Anfragen, Veranstaltungen, Anträgen in der Bürgerschaft und weiteren Initiativen wollen wir die Bereitschaft in der Stadt stärken, bei der Bekämpfung von Armut von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien aktiv zu werden.

Ronald Prieß
Botschafter der Straßenkinder in Hamburg
und wissenschaftlicher Mitarbeiter der
Fraktion DIE LINKE

(1) Siehe Bericht auf der Seite der Fraktion DIE LINKE

Anmerkung: In der ALINA Nr. 9 hatte sich Volker Vödisch in einem Beitrag für die Einrichtung einer Enquete-Kommission Kinder- und Jugendhilfe eingesetzt. Im Dezember 2016 wurde auf Beschluss der Hamburger Bürgerschaft eine Solche eingesetzt.

Stark machen für die Rechte von Frauen

Am 8 März war Internationaler Frauentag, ein guter Zeitpunkt, Bilanz zu ziehen. Auch in Hamburg sollten uns die Rechte von Frauen zu denken geben. Dazu drei Beispiele:

1. Geflüchtete Frauen haben wegen gewaltsamer Erlebnisse, sei es durch ihren Partner oder während ihrer Flucht, in einer Einrichtung für traumatisierte Frauen, die eigentlich dem Status eines Frauenhauses entspricht, Zuflucht gefunden. Einige der Frauen möchten für sich und ihre Kinder kochen, aber die Behörden verbieten es ihnen mit der nichtssagenden und bürokratischen Begründung, diese Einrichtung sei eine Erstaufnahmestelle und in Erstaufnahmestellen werde nicht selber gekocht. Dies, obwohl eine eingerichtete Großküche existiert. Dabei hätte dieses gemeinsame Kochen und Essen auch einen therapeutischen Wert. Ein selbständiges Agieren, Ess- und Ernährungsgewohnheiten mit den anderen Mitbewohnerinnen auszutauschen, gemeinsames Kochen und eventuell auch gemeinsames

Essen, das würde diesen Frauen und ihren mitbetroffenen Kindern auch aus ihrer psychischen Isolierung heraushelfen. Dass sich die Behörde das Recht herausnimmt, dies zu unterbinden, ist eine Einschränkung der Privatsphäre und entwürdigend. Auch Flüchtlingsfrauen haben das Recht auf Eigenständigkeit und Selbstbestimmung. Das formal bürokratische Vorgehen der Behörde fördert auf keinen Fall die Integration der Frauen und ihrer Kinder.

Es gibt auch Frauen in der Unterkunft, die froh darüber sind, in ihrer traumatisierten Situation, versorgt und nicht in die traditionelle Frauenrolle hineingedrängt zu werden. Viele wünschten sich, dass ihre Kinder ein paar Stunden am Tag betreut werden, damit sie Behördengänge und ArztInnenbesuche ohne ihre Kinder erledigen können und auch für ein paar Stunden ohne ihre Kinder sein zu können, um eventuell auch über ihre Erlebnisse mit anderen Erwachsenen reden zu können. Auf unser Drängen ist der Kindergarten inzwischen geöffnet worden.

2. Wochen vor dem offiziell anerkannten Gedenktag „Gewalt gegen Frauen“ am 25. November stellte die Linksfraktion an das Bezirksamt Altona einige Anfragen, die sich auf die Gewaltprävention für Mädchen und Frauen in Altona bezogen. Ich zitiere aus den Antworten des Amtes:

z.B. fragten wir, ob es eine Erfassung von Gewaltdelikten gegen Frauen in Altona gebe. Das Bezirksamt bequeme sich kurz angebunden, mit dem Wort: „Fehlanzeige“ zu antworten. Das ist zynisch und nicht effizient! Warum gibt es keine Statistiken von Gewaltdelikten gegen Frauen in Altona? Die Behörde in Altona interessiert sich anscheinend überhaupt nicht für Statistiken bezüglich Gewalt an Frauen. Auf unsere nächste Anfrage, ob es kostenlose Angebote zur Selbstverteidigung für Frauen und Mädchen in Altona gebe, war die Antwort: „Nein“, es gebe lediglich nur 2 Mitarbeiterinnen der Elternschule Osdorf und eine Straßensozialarbeiterin die im Rahmen eines Projekts „Stadtteil ohne Partnergewalt“ für Altona zuständig wären. Für einen weitlä-

chigen Bezirk wie Altona ist das eine Zumutung, ein Hohn für die Frauen.

Dem Thema Gewalt gegen Frauen wird nicht genug Aufmerksamkeit gewidmet. In Hamburg existiert eine Hotline „Gegen Gewalt an Frauen“. Die Nummer ist wenig bekannt (08000116016), sie ist viel zu lang und nicht leicht zu merken. Für Migrantinnen und Flüchtlinge gibt es Verständigungsprobleme.

Schiffe, die in Not geraten, senden einen „SOS“-Funkspruch, Frauen sollten eine bekannte, leicht zu merkende Nummer wählen können. In dieser Gesellschaft muss mehr für den Schutz von Frauen und Kindern getan werden. Die meisten Frauen und Kinder erfahren Gewalt in der eigenen Familie.

In einigen Schulen werden Projekttag zur Suchtprävention angeboten. Warum gibt es nicht auch Projekte zur Gewaltprävention, um aus starken Mädchen

starke Frauen zu machen, damit sie später keine Opfer werden? Im Jahr 2015 wurden 296 Frauen in Deutschland Mordopfer sexualisierter Gewalt. Das Thema „Gewalt gegen Frauen“ darf nicht tabuisiert, sondern muss endlich in das Licht der Öffentlichkeit gerückt werden!

3. Frauen beziehen immer noch weniger Lohn als ihre männlichen Kollegen, Migrantinnen werden besonders ausgebeutet: unbezahlte längere Arbeitszeiten, Kürzungen beim Urlaub, Arbeitgeber handeln bei den Arbeitszeiten unflexibel, dies betrifft vor allem alleinerziehende Frauen, meistens existiert kein fester Arbeitsvertrag, schlechte Arbeitsbedingungen, dadurch entsteht nicht nur eine soziale, sondern auch eine geschlechtliche Spaltung. Der Druck auf dem Arbeitsmarkt führt dazu, dass Frauen mehrere Jobs ausüben, somit vernachlässigen sie ihre Kinder.

Weltweit haben 130 Millionen Mädchen keinen Zugang zu Bildung, sie werden dadurch unmündig und abhängig gehalten und können auch nicht zur wirtschaftlichen Entwicklung ihrer –meist armen - Länder beitragen. Diese Zahl veröffentlichte die Entwicklungsorganisation ONE (amerik. Kampagnenorganisation zur Bekämpfung von Armut). Mädchen und Frauen seien weltweit von extremer Armut betroffen und hätten zugleich das größte Potenzial, diese Armut zu beenden, beklagte ONE. Mädchen, die keine Schule besuchten, liefen Gefahr, als Kinder verheiratet zu werden, zu erkranken und jünger zu sterben, so die Organisation.

Frauen müssen zusammenhalten, wir dürfen uns nicht spalten lassen, nicht gegeneinander arbeiten. Schützen wir uns gegenseitig vor Angriffe der Kollegen, der Väter, der Brüder. Raus auf die Straßen Mädels, wehrt Euch!

Blanca Merz

Die herrschende Sprache ist die Sprache der Herrschenden



Auch sprachlich werden Frauen diskriminiert, sie kommen in der verallgemeinernden Wortform nicht vor, sondern werden in die männliche Form integriert. Die herrschende Sprache ist männlich! In der Sprache spiegeln sich geschichtliche und gesellschaftliche Verhältnisse wider, also auch die Frauenunterdrückung. Es heißt meist: Nachbarn, Bürger, Bewohner etc., die Hälfte der Menschheit wird dabei nicht angesprochen.

Im Nachgang zu 1968 und der Frauenbewegung in den 1970-er Jahren gab es ein größeres Einverständnis innerhalb der fortschrittlichen, emanzipatorischen Bewegung, Frauen auch sprachlich Geltung zu verschaffen. Die TAZ, damals eine links-alternative Tageszeitung, griff das wie selbstverständlich auf, auch andere linke Zeitungen und Broschüren schlossen sich dem an. Das große Binnen-I wurde geboren. Auch wurde nach verallgemeinernden Worten gesucht, die beide Geschlechter enthalten: Studierende statt Studenten, Teilnehmende statt Teilnehmer, Redeliste statt Rednerliste etc. Inzwischen gibt es neben dem großen Binnen-I (BürgerInnen) noch weitere Schreibweisen, die Frauen

einzu beziehen: z.B. Bürger_innen oder Bürger*innen. Manche sehen darin die Einbeziehung auch der Menschen, die sich keinem Geschlecht zugeordnet fühlen.

In den meisten Publikationen kommen Frauen sprachlich einfach nicht vor. Auch habe ich schon solch blödsinnige Argumente gehört, dass es Worte wie Bundeskanzlerin und Professorin in der deutschen Sprache gar nicht gebe. Naja, weil es eben bis 2005 keine Kanzlerin gab und weil es auch früher keine Professorinnen gab.

Die Ungleichheit von Männern und Frauen drückt sich also auch in der Sprache aus. Besonders ärgerlich, dass den männlich dominierten Redaktionen linker Publikationen (der jungen welt, dem Neuen Deutschland, dem Freitag usw.) kein Argument zu blöd ist, sich an dieser sprachlichen Diskriminierung zu beteiligen. Frausein schützt dabei allerdings nicht automatisch davor, sich diesen inhaltsleeren Argumenten anzuschließen. Die Begründungen: Das sieht nicht schön aus, das ist holprig, sprachlich nicht schön, lese sich nicht so flüssig, einen Artikel in feministischer Sprache zu schreiben, sei sehr arbeitsaufwendig. Doppelte Benennungen wie Bürgerinnen

und Bürger (auch eine Möglichkeit) sei zu platz- und zeitaufwendig, läsen sich nicht so schön etc. sind groteske Ausreden, um die männlich dominierte Sprache beizubehalten. Denn die Akzeptanz dieser Sprach- und Schreibweisen ist eine Frage der Gewohnheit. Für alle, die sich so schwer tun, etwas zu verändern, gäbe es eine einfache Lösung: Nachdem so lange die Sprache männlich war, könnten sie jetzt generell die weibliche Form wählen. Da macht sich leider ein linker Konservatismus breit. Jüngere Genossinnen und auch Genossen haben damit oft weniger Probleme.

Wie penetrant sich männliche Sprache hält, ist auch daran zu sehen, dass die UNESCO 1987 die Forderung nach „Sichtbarmachen von Frauen in der Sprache“ auf ihrer 24. Generalkonferenz verabschiedet hat. In vielen behördlichen Texten sind seitdem Frauen und Männer gleichermaßen benannt. Eine weitere Offensive zu starten, ist anscheinend unterblieben.

Sprache ist lebendig und verändert sich ständig. Auch **WIR** können zur Veränderung von Sprache beitragen!

Marlit Klaus



DIE LINKE steht für Frauenrechte wie keine andere Partei. Noch immer werden hierzulande Frauen oftmals benachteiligt, das wollen wir abstellen. Foto: Daniel Wittmer



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksversammlung Altona

Drucksachen-Nr.: 20-2981

Kleine Anfrage öffentlich

Beratungsfolge	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung	24.11.2016
Öffentlich	Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung und Senioren	05.12.2016

Internationaler Gedenktag Gewalt gegen Frauen Kleine Anfrage von Blanca Merz (Fraktion DIE LINKE)

Seit 1981 organisieren Menschenrechtsorganisationen wie z.B. Terre des Femmes jedes Jahr zum 25. November Veranstaltungen, bei denen die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber Frauen und Mädchen thematisiert wird. Hintergrund für die Initiierung des Aktionstages war der Fall Mirabal. Die Schwestern Mirabal, Mitglieder der „Movimiento Revolucionario 14 de Junio“, wurden 1960, nach mehreren vorangegangenen Verhaftungen, in der Dominikanischen Republik durch Militärangehörige des damaligen Diktators Rafael Trujillo verschleppt und schließlich ermordet. 1981 wurde bei einem Treffen lateinamerikanischer und karibischer Feministinnen der 25. November zum Gedenktag der Opfer von Gewalt an Frauen ausgerufen (*Día Internacional de la No Violencia Contra la Mujer*) und 1999 offiziell durch die Vereinten Nationen (Resolution 54/134) aufgegriffen.

Zu diesem Anlass wurden am 25. November 2011 am Altonaer Rathaus Fahnen gegen die Gewalt an Frauen gehisst. Die Organisation „Terre de Femmes e.V.“, die sich für die Rechte von Frauen einsetzt, hatte 2001 diese **Fahnenaktion** ins Leben gerufen. Deutschlandweit werden am 25. November Fahnen mit der Aufschrift „frei leben – ohne Gewalt“ gehisst.

Vor diesem Hintergrund frage ich das Bezirksamt:

1. Gab es abgesehen von der Fahnenaktion weitere Aktivitäten seitens des Bezirksamtes?
2. Gibt es eine Erfassung von Gewaltdelikten gegen Frauen in Altona?
3. Wenn ja, wo kann man diese Statistik einsehen?
4. Gibt es in Altona Fördermaßnahmen für Gewaltprävention, z.B. aus dem Toleranz-Fonds des Bundes?
5. Gibt es in Altona spezielle Förderung von Selbstverteidigungs-Kursen für Mädchen und Frauen z.B. aus Mitteln der Sicherheitskonferenz?
6. Wenn dies bisher nicht der Fall sein sollte - wer könnte wie derartige Mittel wo beantragen?
7. Wer würde über die Vergabe entscheiden - das Amt oder die Politik?

Anlagen zum Artikel „Stark machen für die Rechte von Frauen“.

Das Bezirksamt Altona beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu Fragen 1-3:
Das Bezirksamt Altona meldet Fehlanzeige.

Zu Frage 4:
Aktuell befinden sich im Bezirk Altona zwei Mitarbeiterinnen der Elternschule Osdorf sowie eine Mitarbeiterin der Straßensozialarbeit in einer Qualifizierungsmaßnahme im Rahmen des Projektes „Stadtteil ohne Partnergewalt“. Die Qualifizierung wird aus den Mitteln der Sicherheitskonferenz finanziert. Das Projekt selbst startet ca. im März 2017 und wird aus Mitteln der Sicherheitskonferenz (SIKO), der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration sowie aus SHA-Mitteln finanziert.

Das Projekt hat das Thema Beziehungsgewalt zum Gegenstand und befasst sich unter anderem ebenfalls mit dem Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Allerdings wird auch immer die Tatsache miteinbezogen, dass ebenso Jungen und Männer von Beziehungsgewalt betroffen sind, hier jedoch ein großes Dunkelfeld existiert.

Zu Frage 5:
Nein.

Zu Frage 6:
Der Antrag auf Förderung aus Mitteln der SIKO kann von jedem Träger beim Bezirksamt Altona, Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz, gestellt werden.

Zu Frage 7:
Die Entscheidung trifft das Amt. Der Politik wird zweimal jährlich über die Vergaben berichtet.

Petition:
Die Bezirksversammlung wird um Kenntnisnahme gebeten.

Anlage/n:
ohne

ARME KINDER SIND ARM DRAN, ABER DAS MUSS NICHT SO BLEIBEN!

Es gibt sie reichlich: Kinder, deren Eltern die Mitgliedschaft im Fußballverein und die Buffer für die schnell wachsenden Füße nicht finanzieren, einen Familienurlaub an der Ostsee oder an der Adria nicht ermöglichen, die begehrte Markenkleidung nicht kaufen, verschlissene Winterkleidung nicht gleich ersetzen und bei Schulproblemen keine Nachhilfestunden bezahlen können. Das Geld reicht nicht für alle Lernmittel, für kulturelle Betätigungen, gesunde Ernährung und für die Gesundheit. 2.003.805 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren lebten Ende 2016 in Bedarfsgemeinschaften, die Hartz IV bezogen.

Kinderarmut ist Elternarmut. Die Einkommensarmut der Eltern ist vor allem die Folge der sozialdemokratischen Agenda 2010-Politik, mit der prekäre Beschäftigungslagen wie Leiharbeit, Arbeit im Niedriglohnsektor, befristete Beschäftigungsverhältnisse, miserable Werkverträge und Lohndrückerei ermöglicht, geschaffen und ausgebaut wurden. Erwerbslosigkeit, die Abhängigkeit von Hartz IV bei längerer Arbeitslosigkeit und die repressive Sanktionierungspraxis verschärfen diese Problematik noch. Kinder sind wie ihre Eltern von sozialen Transferleistungen abhängig. Die Zahl der Kinder, die unter solchen Bedingungen aufwachsen, stieg im Vergleich zum Vorjahr sogar um mehr als drei Prozent.

Rechnet man die Kinder und Jugendlichen dazu, die von Armut bedroht sind, dann ist jedes fünfte Kind in Deutschland betroffen. In zahlreichen Großstädten ist die Quote weit schlechter. In Bremen und Berlin war Ende 2015 jedes dritte Kind unter 15 Jahren vom Hartz IV-Bezug abhängig (31,5 Prozent). In Nordrhein-Westfalen lebten 684.000 Kinder in dieser Altersgruppe in Armut. Kinderarmut konzentriert sich dort vor allem im Ruhrgebiet und in den Metropolen. In Hamburg trifft es ebenfalls jedes vierte Kind.

Wer weniger Geld für seine Kinder aufbringen kann, muss in Kauf nehmen, dass sie im Vergleich zu Kindern aus wohlhabenden Familien ins Hintertreffen geraten und sich nicht wie diese in ihrer persönlichen Entwicklung entfalten können. Das wirkt sich auf den schulischen Werdegang, auf Ausbildung, soziale Beziehungen, auf die

psychische und physische Gesundheit aus. Das Selbstwertgefühl leidet darunter ebenso wie das Durchhaltevermögen oder die Fähigkeit und der Mut, persönliche Zielsetzungen zu entwickeln und ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen, weil Armut wird nicht zuletzt von ihnen selbst als Makel empfunden, Armut stigmatisiert noch immer und Armut benachteiligt sie erheblich. Nicht selten zeitigt Armut auch hinsichtlich des späteren Demokratieverständnisses und der Bereitschaft, sich politisch einzuschalten, nur schwer veränderbare Folgen.

Kinder, deren Eltern keine Akademiker/-innen sind, gelangen in weit geringer Zahl zum Abitur. Allein Erziehende, meist Mütter, müssen alles bewerkstelligen, von der Erziehung über die Bildung und den Haushalt bis zur Arbeit, oft mit schmalem Einkommen. Viele Ausbildungsbetriebe wählen Untersuchungen zufolge lieber Jugendliche mit deutschen Namen. Yusuf, Dilek oder Emre haben es da schon weit schwerer, im Betrieb eine Ausbildung zu beginnen, insbesondere dann, wenn nur ein Erster Schul- beziehungsweise ein Hauptschulabschluss vorgewiesen werden kann.

von vornherein im Elternhaus zweisprachig aufwachsen können und nicht erst in der Schule und in der Vorschule die sprachlichen Defizite mühsam aufholen müssen. Eine erfolgreiche Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen benötigt auch das entsprechende qualifizierte Personal.

Dafür braucht es Geld und eine klare Prioritätensetzung zugunsten der Förderung von Kindern und Jugendlichen, aber keine sinnlose Schuldenbremse. Es bedarf zum Beispiel des politischen Willens, wohlhabenden und reichen Bürgern/-innen mehr Steuern aufzuerlegen, also den Spitzensteuersatz zu erhöhen oder eine Vermögenssteuer einzuführen, um diese Einnahmen in die soziale Infrastruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu investieren. Tatsächlich wird der Großteil der Steuergelder von Menschen mit mittleren und geringeren Einkommen erbracht. Nicht wenige Reiche rechnen sich in steuerlicher Hinsicht arm, schreiben ab oder parken ihr Vermögen in Steueroasen. DIE LINKE fordert daher die Besteuerung der Vermögen ab der zweiten Million und von hohen Erbschaften. Dagegen soll bei der Lohn- und Einkommenssteuer die unteren und mittleren Einkommen entlastet werden. Der Frei-



Ausgrenzung und Mobbing sind oft das Ergebnis von Kinderarmut, wenn arme Familien ihren Kindern keine umfangreiche soziale Teilhabe finanzieren können. Foto: pixabay.com

Dies ist genauso ungerecht wie die politische Weigerung in Ländern und Kommunen, zugewanderten Menschen in ausreichender Menge und Qualität - ohne ein sie überforderndes behördliches Procedere - einen kostenlosen Deutschunterricht zu ermöglichen, damit zum Beispiel Kinder

betrag würde dann auf 12.600 Euro im Jahr erhöht. Der Spitzensteuersatz soll nach unseren Vorstellungen wieder auf 53% angehoben werden und zwar für Einkommen über 70.000 Euro. Wer jährlich mehr als eine Million Euro verdient, soll künftig bis zu 75% Steuern zahlen.

Die FUX-Genossenschaft in der ehemaligen Viktoria-Kaserne

Im März waren einige unserer GenossInnen zu Besuch in der ehemaligen Kaserne Ecke Zeiseweg/Bodenstedtstraße, hier ist seit einigen Jahren das Domizil der FUX-Genossenschaft.

Wir bekamen eine umfangreiche, interessante Führung und waren beeindruckt sowohl vom schon laufenden Betrieb als auch von den Planungen und den gegenwärtigen Umbaumaßnahmen; Petra Barz und Christoph Twickel informierten uns über die aktuellen und geplanten Aktivitäten und Projekte. Es gibt schon viele Kontakte zu Menschen und Einrichtungen im Stadtteil, das soll noch ausgebaut werden.

Die FUX-Genossenschaft ist entstanden aus dem Zusammenschluss der aus der Großen Bergstraße vertriebenen Frappant-KünstlerInnen und der Recht-auf-Stadt-Ini Lux & Konsorten, man ist stolz auf die finanzielle Unabhängigkeit.

Unter dem Dach der Genossenschaft finden sich neben künstlerischen und kreativen Aktivitäten- auch Handwerksbetriebe (z.B. eine Friseurin und eine Polsterei), soziale Projekte sowie ein internationales Bildungszentrum mit Übernachtungsmöglichkeiten. Die Genossenschaft möchte dauerhaft ein zugänglicher und bezahlbarer Produktions-, Kultur- und Begegnungs-

ort sein. Seit letztem Jahr lädt sie ein, „solidarisch zu investieren“ und Genossenschaftsanteile zu erwerben, die übrigens aktuell mit 2% verzinst werden.

Mitte Mai öffnet die neue Cantina fux & ganz, die jeden Tag preiswerte Tagesgerichte anbietet. An jedem ersten Sonntag im Monat gibt es eine öffentliche Führung durch die fux-Kaserne, Treffpunkt um 15 Uhr am Eingang Bodenstedtstraße 16.

Weitere Informationen und das aktuelle Programm findet man hier:

www.fux-eg.org

Werner Haertel

Vielen Familien würde auch die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro die Arbeitsstunde helfen und eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ohne Sanktionen. Wir setzen uns für soziale Mietobergrenzen und für einen verstärkten, kommunal betriebenen sozialen Wohnungsbau ein. Gerade in Hamburg ist der Verlust des Bestandes von Sozialwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung enorm hoch. Die Drittelmixbebauung, wie sie der Senat mit der Wohnungswirtschaft vereinbart hat, fängt den Substanzverlust nicht im Mindesten auf! Weil die Stadt Hamburg nicht selbst als Bauherr auftritt, sondern das Bauen den Investoren überlässt, werden viel zu wenige Sozialwohnun-

gen gebaut. Die Wohnungsbauwirtschaft lamentiert, es sei zu unattraktiv, zu teuer und gänzlich unprofitabel.

DIE LINKE setzt sich zur Bekämpfung der Kinderarmut für die Einführung einer Kindergrundsicherung ein, die ausschließlich armen und von Armut bedrohten Kindern zukommen soll. Es sind nicht allein die Linken, die sich für eine Kindergrundsicherung einsetzen, sondern auch alle Wohlfahrtsverbände. Es ist die Rede von 564,00 Euro für alle Kinder und Jugendlichen, zumindest für einen Zeitraum, in dem die Infrastruktur für Kinder bundesweit mangelhaft ist. Der materielle und personelle Ausbau von Kindertageseinrichtungen,

kostenlose Krippen- und Kindergärtenplätze, ein kostenloses, warmes und gesundes Mittagessen in Kindertageseinrichtungen und in den Schulen, freie Lernmittel und vieles mehr fehlen in vielen Bundesländern. Hamburg ist in einigen Feldern weiter, doch vieles liegt noch im Argen. Der Ganztagsbetrieb in den Schulen weist noch viele Mängel auf und die Inklusionsleistungen werden vor allem den Stadtteilschulen abverlangt und weit weniger den Gymnasien. In diesen Bereichen stimmt der Personalschlüssel genauso wenig wie in den Krippen und in anderen Kindertageseinrichtungen sowie in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Volker Vödtsch

Schluss mit dem Baumtod in Altona am Straßenrand : jetzt wird mit Teleskop-Plastikbäumen aufgeforstet

Eine Vision - eine Fiktion? Gewiss nicht! Nach dem Anlegen von Kunststoff- bzw. Plastikrasenflächen erfolgt nun, in einem nächsten Schritt, konsequenterweise in den kommenden Jahren die Schließung der Lücken im Straßengrünbereich durch Pflanzung ganzjährig grüner Teleskop-Plastikbäume. Der Hersteller, der größte Chemiekonzern weltweit, verspricht außerdem eine über hundertjährige Lebensdauer. Wie aus geheimen Laborexperimenten des Konzerns zu erfahren war, verfügen diese Plastikbäume über Selbstduschenanlagen. Außerdem können Baumstamm und Zweige teleskopartig ein- und ausgefahren werden, dies er-

hernen, könnten über die ganze Straßenbreite Zweige und Baumstämme auf minimale Ausmaße zurückgefahren werden, um nach Passage der Giga-Liner wieder auf Höhe eingestellt zu werden.

Diese Teleskop-Plastikbäume (konzern-eigenes Kürzel TELPLAS) messen außerdem Sauerstoffgehalt (verzichtbar, weil die Atemmaskenindustrie Masken mit innerer Sauerstoffumwälzungsautomatik entwickelt hat), Außentemperatur und Feuchtigkeit der Luft und melden diese Daten an die örtliche oder überörtliche Klimasteuerungszentrale.

Erstes Testfeld in Altona ist die weitestge-

(Diese Bezeichnung wurde von der Administration gewählt, weil sämtliche selbstverschuldeten natürlichen und gesellschaftlichen Problematiken selbstverständlich nur technisch anzugehen sind). Weitere Teststrecken sind sämtliche Autobahnzufahrten im Raum Altona. Als erste Testphase in diesem Bereich ist die Zeit nach Beendigung des Ausbaus der A 7, etwa in 2030 vorgesehen, weil dann die planmäßige Holzerei statistisch ihren Höhepunkt erreicht hat, d.h. Autobahnzufahrten ohne natürlichen Baumbestand sind.

Die vorgenannten Manipulationen im Altonaer Straßengrünbereich werden weit überstrahlt von einer zukünftigen, nur noch als gigantisch zu bezeichnenden, Kostensenkung im Bereich der Pflege des Altonaer Stadtgrüns, d.h. wenn über die kontinuierliche Baumholzerei natürliche Bäume nur noch eine Ausnahme im innerstädtischen Bereich Altonas sind, diese also, fast restlos, durch TELPLAS ersetzt worden sind. Schwindelerregend wird diese Kostenperspektive auch darum, weil die freigewordenen Mittel jetzt voll für die weitere Versiegelung von Böden und die Dachbegrünung mit sonnenabstrahlendem Kunststoffmoos genutzt werden können. (Die weltweite Verwendung dieses Moores könnte eine erwünschte Temperaturabsenkung bis zu einer neuen Eiszeit bewirken, was durchaus im Sinne der Brennstoffindustrie ist).

Als weiterer Gewinner dieser Entwicklung sei auf die Atemmaskenindustrie verwiesen. Frühzeitige Investitionen und Käufe bzw. Sicherung entsprechender shares (Aktienbesitz) gelten an der Börse

als Geheimtipps. Gnade den Spekulanten, die diese Trends verpassen! Denn in der planmäßigen Entwicklung von Trends lag und liegt alle zukünftige kapitalistische Wirtschaftsentwicklung. Allerdings hat dieser kapitalistische Fortschritt auch seinen Preis: an die Stelle von echter Natur tritt voll steuerbare plastikmäßige Natürlichkeit.

Voraussetzung für diese zukünftige Entwicklung, darauf sei noch einmal hingewiesen, ist allerdings die planmäßig und kontinuierlich weiter zu entwickelnde Holzerei, wie sie exemplarisch in Altona praktiziert wird. Hierzu ein paar Zahlen aus 2016 :

- nach Auskunft der Abteilung Stadtgrün im BA Altona wurden im vergangenen Jahr in Altona im öffentlichen Bereich, d. h. in Grünanlagen, auf Spielplätzen, Friedhöfen, Verkehrsflächen und im Straßenrandbereich 886 Bäume gefällt. Nachgepflanzt wurden 354 Bäume. Negativsaldo: Verlust von 532 Bäumen.
- im privaten Bereich stehen 2140 Baumfällungen nur 1448 Baumnachpflanzungen gegenüber. Negativsaldo: Verlust von 694 Bäumen
- Insgesamt ergibt sich im öffentlichen und privaten Bereich ein totaler

Baumverlust allein in 2016 von 1226 Bäumen. Wird dies als durchschnittlicher Baumverlust pro Jahr (es gibt Jahre mit viel höheren Baumfällquoten) bis ins Jahr 2117 hochgerechnet, ergeben sich Verluste von 122.600 Bäumen. (Allerdings sei hier noch einmal auf die Verwendung von TEPLAS für die Wiederaufforstung verwiesen).

- Die jährliche planmäßige Holzerei bedeutet auch unermessliche Blattflächenverluste, denn Nachpflanzungen und Selbstaussaat können diese niemals kompensieren. So würde eine gefällte Buche mit einem Blattvolumen von 1600 qm die Nachpflanzung von mindestens 2000 Bäumchen erfordern. Unterstellt mensch bei Selbstaussaat von Bäumen, rein spekulativ, 30 000 Setzlinge pro Jahr - von denen ohnehin nur ein Drittel bis ein Viertel zu Großbäumen heranwächst - so müsste schon auf die Fällung von 20 Buchen der vorg. Größe eine Nachpflanzung von 40.000 Bäumchen erfolgen.

So schreitet denn die natürliche Entgrünung Altonas, unter dem Druck des Baukommerzes, unaufhaltsam voran. Dazu zählt auch die permanente offene und ver-

steckten Umwandlung (Salamitaktik) des Volksparks in einen Sportpark.

Spitzenwerte im Hamburger Raum erreicht Altona auch im Bereich der Schadstoffbelastung der Luft in Ballungsgebieten. Der Luftaustausch mit dem Umland wird durch eine komprimierte Nachverdichtung im Gebäudebereich als unnötiger Luxus abqualifiziert - wozu gibt es schließlich Atemmasken (s.o.) für Außenräume. Innenräume werden im Übrigen durch sog. Klimaanlageanlagen mit „aufbereiteter“ Luft versorgt.

Dafür, dass für kommende Generationen sich die Lebensqualität in Teilen von Hamburg bzw. Altona wesentlich verschlechtert, müssten HauseigentümerInnen/VermieterInnen schon jetzt den Mietzins senken, um für den Bevölkerungszug attraktiv zu bleiben. Sonst könnte sich dieser wegen zu hoher Mietzinsen bei schlechter Lebensqualität in manchen Stadtteilen umkehren. Allerdings könnte auch hier der Kommerz, als Verursacher der bisherigen gesamtökologischen Problematik, bundesweit eine Spitzenposition in der Entwicklung der Unwirtlichkeit städtischen Lebens einnehmen.

Eckhard Fry

BID Waitzstraße: ÖPNV und Fahrräder bleiben außen vor

Es ist kein Skandal im Hamburger Westen, es schlägt auch keine Wellen bis in die Tagespresse. Aber es ist enttäuschend! Die Einkaufsmeile Waitzstraße in Othmarschen ist zum Business Improvement District (BID) geworden. Nun wird sie umgestaltet und von Grund auf saniert. Der Bezirk Altona steuert aus öffentlichen Mitteln bis zu 648.000 Euro bei. Autos sollen besser und sicherer parken können, FußgängerInnen sollen mehr Platz haben zum Flanieren und Verweilen und RadfahrerInnen - ja, die Fahrradstellplätze derer, die den Ausgang West nutzen, mussten einer neuen Eventfläche (Waitzplatz) weichen. Die Stellplätze wurden in den Jeppweg südlich des S-Bahndammes verlagert.

Die Waitzstraße ist ein traditionsreiches Nahversorgungszentrum für die Stadtteile Othmarschen und Flottbek direkt an der S-

Bahn-Station Othmarschen. Mit Buslinien und Fahrradstellplätzen ein hoch frequentierter Verkehrsknotenpunkt für Hunderte PendlerInnen täglich! Doch das war dem HVV nicht einmal einen Besuch der öffentlichen Anhörung im April des vergangenen Jahres wert. Auf dieser Veranstaltung äußerten noch einmal etliche RadfahrerInnen Bedenken gegen die rigorose Verlagerung ihrer Stellplätze: Am Standort der neuen Abstellanlage hinter dem Bahndamm, an der abgelegenen und dunklen „Rückseite“ der Einkaufsstraße, ohne Sichtbeziehung zu Waitzstraße oder S-Bahnhof, müssten NutzerInnen und Nutzer Angst haben und um ihre Fahrräder fürchten.

Die zweistöckige Ersatzanlage für Fahrradstellplätze am Jeppweg wurde im letzten Herbst hergerichtet. Das Umfeld ist reichlich dunkel und wenig frequentiert geblieben. Mit der Fällung von Bäumen und Auslichtung von Gebüsch, mit zusätzlichen Straßenlaternen und weiß-roten Abgrenzungspfählen wurde nachgebessert. Die Anlage wird mittlerweile angenommen, aber sie hat eben die befürchteten Nachteile: Vandalismus und Diebstähle sind schon zu verzeichnen. So manche RadfahrerIn stellt seinen Drahtesel weiter trotzig auf dem sog. Waitzplatz ab. Und wer sein

Rad aus dem Ständer im Jeppweg abholt, bleibt dann auch dort auf der Rückseite. Kontakte mit den Geschäften und Lokalen in der Waitzstraße werden so immer weniger. Eine Attraktivitätssteigerung der Waitzstraße für RadfahrerInnen wird so nicht erreicht!

Hamburg nennt sich fahrradfreundlich; aber wenn sich eine Chance bietet, etwas für den Radverkehr zu tun, dann wird sie allzu oft schlecht genutzt. AutofahrerInnen zählen als VerkehrsteilnehmerInnen und als KundInnen mehr und werden umworben, RadfahrerInnen als Kunden des HVV und als KundInnen der Geschäfte werden weggeschoben. Förderung des Radverkehrs in der Fahrradstadt Hamburg wird so nicht gelingen!

Ulrike Gebauer



Künstliche Bäume ähnlich wie in Singapur auch bald in Altona? Foto: pixabay.com

folgt entweder über baumeigene Sensoren oder kann vom Zentralrechner für ganze Straßenzüge veranlasst werden. Sollten sich also z.B. Giga-Liner (Riesen LKW) nä-

hend baumlose (besonders im mittleren Abschnitt) Neue Große Bergstraße zwischen Altonaer Bahnhof und technischem Rathaus.



Fahrradfreundlichkeit unbekannt im „Business Improvement District“ Waitzstraße. Foto: pixabay.com

Welt-Roma-Tag im Altonaer Rathaus

Zugegeben, es lag schon etwas Ungewöhnliches in der Luft in den Tagen vor dem 8. April 2017. Schon eine Woche vorher war es deutlich erkennbar. In Altona erblühten - rechtzeitig zu Beginn des Frühlings - plötzlich an vielen Stellen ungewöhnlich bunte Plakate, die auf eine Veranstaltung im Altonaer Rathaus hinwiesen, einer Feier anlässlich des Welt-Roma-Tages, der traditionell am 8. April weltweit stattfindet.

Der Welt-Roma-Tag in Altona übertraf dann von Beginn an alle unsere Erwartungen. Der Kollegienaal war schon frühzeitig restlos überfüllt, ungefähr 300 Besucherinnen waren gekommen, und die Musik von Niko Besnik Isufi & Faton Pollozhani stimmte uns ein in die Textur dieses Tages.

Diese Aktion wurde letztlich durch einen Hilferuf einer Flüchtlingsfamilie aus Montenegro vor genau einem Jahr initiiert, aufgrund eines desaströsen Unterbringungsfallendes in der Flüchtlingsunterkunft Waidmannstraße. (In der Alina hatten sowohl Horst Schneider als auch Robert Jarowoy schon darüber berichtet.) Mit ihrer tatkräftigen Unterstützung und einem ungewöhnlichen Einsatz aller menschenmöglichen Mittel gelang es schließlich, den Betroffenen zu einer Wohnperspektive zu verhelfen, die menschenwürdig ist. Dieser Hinweis auf die Waidmannstraße brachte letztlich zu Tage, dass es hier in Hamburg Menschen gibt, meist Roma aus Montenegro, die seit z.T. Jahrzehnten neben uns leben, auf Dauerdulden in schwer zu ertragenden Verhältnissen und einer Weltstadt mit Herz, wie Hamburg gern bezeichnet wird, unwürdig. Durch die Duldungen wurde ihnen Inte-

gration unmöglich gemacht, sie verfügten damit nicht über eine Arbeitserlaubnis und hatten somit auch kein Recht auf entsprechende Integrations- oder Sprachkurse, wie Flüchtlinge mit einem anderen ethnischen Hintergrund. Unerträglich war und ist leider noch die Situation vieler Menschen, jede Nacht von der Polizei herausgeholt und deportiert werden zu können.

Manches hat sich tatsächlich nach den neuen Asylgesetzen verändert, aber bei vielen anderen wurde auch die lange andgedrohte Abschiebung vollstreckt, und sie waren gezwungen, in ein Land zurückzukehren, aus dem sie als Kinder vor dem Jugoslawien-Krieg geflohen waren. Sie kannten dieses Land nicht mehr, und ihre inzwischen in Deutschland geborenen Kinder mussten sich mit einer akut herbeigeführten Ortsveränderung in Slums eines

für sie vollkommen unbekanntes Land abfinden, welches für alle Betroffenen, vor allem für die Kinder, nur traumatisch sein kann.

Die Veranstaltung „Welt-Roma-Tag in Altona“ sollte auch dazu dienlich sein, auf dieses humanitäre Desaster hinzuweisen, das sich - von den meisten unbemerkt und geräuschlos vor uns verborgen - in prekär geführten Flüchtlingsunterkünften abspielt und die Frage aufwirft, ob wir das als aufgeklärte und sozial engagierte Menschen in einer zivilisierten Gesellschaft nicht doch besser hinkriegen könnten. Somit ist diese Veranstaltung der Auftakt zu einem Engagement, das diesbezüglich weiterführend sein muss und wird.

Christian Rosenberg (Sinti-Verein Hamburg) bedankte sich als erstes bei den Politikern, Robert Jarowoy und Horst Schneider, die letztlich diesen besonderen Tag möglich gemacht hatten und hielt eine Begrüßungsrede, die viele Besucher emotional sehr mitriss. Er berichtete über den Weg der Roma als Volk und sprach offen die Schwierigkeiten an, die das Volk der Roma mit jenen der Nicht-Roma verbindet, sprach über lang gehegte Vorurteile, beiderseits, die einem offenen Verständnis füreinander nicht dienlich sind. Natürlich betrifft das dann auch nicht mehr alleine die Flüchtlingsfamilien, sondern auch die deutschen Roma, die noch immer unter Diskriminierungen und Ausgrenzungen leiden müssen, besonders, was die Arbeits- und Ausbildungssituation hierzulande angeht. Seine Rede endete ebenfalls ergreifend und hochemotional: „Wissen Sie, was mir Mut macht? Das sind Menschen wie Sie, die uns offen begegnen und dies auch mit ganzem Herzen wollen, Gott segne Sie!“

Der Vorsitzende der RCU, (Roma und Cinti Union) Rudko Kawczynski, hielt eine Rede, die ähnlich mitreißend war, sprach über die Stationen der Sinti und Roma als Volk und über den Wunsch nach einem toleranten Miteinander mit Offenheit und Verständnis, denn letztlich seien die Roma doch die wahren Europäer. Sie seien aber Europäer, die nie einen Krieg begannen hätten und nie andere Völker drangsaliert hätten. Sein Zitat: „Dass es im Altona-Rathaus nun einen Roma-Tag gibt, macht mich so glücklich, wenn Adolf Hitler dies erfahren hätte, würde er sich im Grabe umdrehen!“ war

tief und nachhaltig beeindruckend in seiner Wahrheit. Rudko Kawczynski warf auch den notwendigen Blick auf die Gräueltaten der Nationalsozialisten und den Umstand, dass es bisher wenig Bemühungen von deutscher Seite gab, Stellung zur Vergangenheit zu nehmen, denn über 500.000 Roma, darunter zahlreiche Kinder, fielen dem nationalsozialistischen Wahnsinn zum Opfer. Für die Zukunft malte er eine nicht allzu düstere Vision, denn wenn es uns gelänge, jetzt miteinander ins Gespräch zu kommen, würde dies ein lebendiger und bereichernder Austausch werden können.

Die anschließende Musik brachte schließlich das ganze Rathaus in Wallung. Auch die nachfolgenden Musiker (Gipsy Moments Kale Jakha) schienen mit ihren Ins-

trumenten so verwachsen und boten eine wundervolle Darbietung, dass es selbst als BesucherIn und vollkommen pragmatischer Nicht-Roma schwierig war, sich den Rhythmen zu entziehen. Viele Menschen standen auf und tanzten, die Stimmung hatte viele Herzen erreicht.

Auch ein sehr bewegender Moment war der, als Horst Schneider aufstand und eine spontane Rede hielt und sich bei allen, besonders bei Robert Jarowoy bedankte, der letztlich diesen Tag in Eigenregie gestaltet hatte, und der leider aus familiären Gründen der Feier fernbleiben musste, der einzige Wermutstropfen dieses Tages.

Wer immer noch nicht genug hatte, wurde aufgefordert, zum Strand nach Övelgönne

mitzufahren, um Lichtschiffchen (Papierschiffe mit brennenden Teelichten) auf die Elbe zu setzen, ein Roma-Ritual, ein Zeichen, das Hoffnung auf ein respektvolles und wertvolles Miteinander setzen sollte. In der Abenddämmerung machen sich die leuchtenden Schiffchen auf den Weg, und - trotz bewegter Elbe und gekenterten Schiffchen - hatte man für diesen Moment das ergreifende Gefühl, dass tatsächlich jetzt der Augenblick gekommen ist, in Zukunft mit offenen Herzen einander begegnen zu können. Die Zeichen der Zeit hat der Welt-Roma-Tag im Rathaus Altona auf deutliche und sehr eindringliche Art gesetzt! Danke und Hvala für diesen Auftakt in eine bessere, achtsamere, gemeinsame Zukunft! Opre Roma! (Roma, erhebt Euch!)
Claudia Dyroff



Lichtschiffchen - Zeichen der Roma für die Hoffnung auf ein respektvolles und wertvolles Miteinander. Foto: pixabay.com

Fahrradautobahn am Elbstrand

Als ich im Februar las, dass Grüne und SPD vereint mit dem ADFC am Elbstrand von Övelgönne einen fast 6 Meter breiten Fahrradweg bauen wollen, dachte ich erst, das sei ein Aprilscherz. Aber der 1. April war noch weit entfernt. Die rot-grüne Mehrheit in der Bezirksversammlung Altona möchte den Elberadweg schließen. Der könnte allerdings auch an der Elbchausee oder der Bernadottestraße geschlossen werden.

Wahrscheinlich haben die rot-grünen VolksvertreterInnen eigene Gärten, Dachterrassen, Wochenendhäuser im Grünen oder große Balkone. Für viele AltonaerInnen (und nicht nur für sie) ist der Övelgönner Strand ein Naherholungsgebiet, eine kleine Oase, in die mensch der Etagenwohnung an schönen Tagen entfliehen und am Strand ein bisschen Sonne tanken kann, auch ohne zu konsumieren. Wer im Sommer alltags dort unten verweilt, weiß auch, dass dieser Strand von Kitas und Schulklassen viel genutzt wird: zum Toben, Turnen, Ballspielen, Sandburgenbauen, Wasser stauen etc. Abends treffen sich viele AnwohnerInnen nach der Arbeit mit FreundInnen zum Picknick oder auf ein Bier. Bei schönem Wetter gibt es am Wo-

chenende bereits einen Fußgängerstau auf dem Weg zum Strand. Mit dem Rad kann mensch da dann eh nicht fahren.

Inzwischen gab es einen Vorschlag - auch von ArchitektInnen - für den Abschnitt, an dem der Strand sich ab dem Ahoi und der Strandperle verengt: Eine Brücke! Ich stelle mir vor, dass die Fahrräder bei Fahrt von der Brücke mit Schwung auf den Strand zurücksausen und wir sitzen unter der Brücke (wie praktisch bei Regen) oder liegen neben der Rennstrecke. Unglaublich, dass dieses kleine Stückchen Strand so verhandelt werden soll. Wichtig, dass die LINKSfraktion Altona entschieden gegen diese Zubetonierung des Strandes gestimmt hat und die Bürgerinitiative „Elbstrand retten“ unterstützt. Da viele AltonaerInnen sehr empört sind, waren schon nach kurzer Zeit über 10.000 Unterschriften für das Bürgerbegehren gesammelt worden.

Und nun haben sich einige Blankeneser BürgerInnen mit einem Bürgerbegehren dagegen zu Wort gemeldet und sammeln für einen Elbstrandweg für alle. Da so ein Radweg auf wenig Gegenliebe stößt, werden jetzt die Menschen mit einem Han-

dicap bemüht, die Blankeneser werben dafür, dass der Fahrradweg auch Behinderten und Kinderwagen zugute kommen soll. Schön, wenn es immer so behindertenfreundlich zugehen würde! Allerdings, um mit dem Rollstuhl oder dem Kinderwagen an den Strand zu fahren, würde auch ein 1,20 Meter breiter Bohlenweg reichen. In das kleine Stück Strand sollte so wenig wie möglich eingegriffen werden:

RETTET DEN ELBSTRAND, so wie er ist!
Marlit Klaus



Ein Fahrradweg stört überall am Strand, nicht nur vor der Strandperle! Foto: Christian Häfner

Spritzenplatz bleibt!

Die Initiative „Spritzenplatz bleibt - unser Platz an der Sonne“ hat eine kleine Broschüre mit einem ausführlichen Bericht des Werdeganges einschließlich der inzwischen stattgefundenen Planwerkstatt herausgegeben. Hier ein paar Auszüge:

(...)

Das erfolgreiche Bürgerbegehren!

Nachdem wir den Entwurf einer Neubebauung aus der Presse erfahren hatten, hat sich die Initiative

„Spritzenplatz bleibt – unser Platz an der Sonne!“ gegründet. Die Fragestellung des gleichnamigen Bürgerbegehrens lautete:

„Sind Sie dafür, dass der Bereich Otten- ser Hauptstraße (Hausnr. 23/25/27) / Spritzenplatz (Haus-Nr. 18 und Bahren- felder Str. 102) in seiner jetzigen Gestalt hinsichtlich der Höhenentwicklung und Baukörpermasse wegen seiner Ortskern prägenden Bebauungsstruktur entweder durch eine Textplanänderung (Ergänzung) des geltenden Bebauungsplanes Ottensen 35 oder durch einen neuen Bebauungsplan langfristig gesichert wird, auch wenn derzeitige Bestandsgebäude abgerissen werden sollten?“

Das im November 2015 erfolgreiche Bürgerbegehren wurde von mehr als 7.000 BürgerInnen unterzeichnet. Am 28.1.2016 trat die Bezirksversammlung Altona mit überwältigender Mehrheit dem Bürgerbegehren bei. Die UnterzeichnerInnen er-

warteten jetzt von der Verwaltung die Umsetzung des politischen Beschlusses der Bezirksversammlung und die Erarbeitung eines neuen Bebauungsplanes im Sinne des erfolgreichen Bürgerbegehrens. Normalerweise stellt der Bebauungsplan die gesetzliche Grundlage für einen Architekturwettbewerb dar, stattdessen wurde nun das Verfahren umgekehrt: Das Bezirksamt veranstaltete Ende Januar 2017 eine öffentliche Planwerkstatt unter der Moderation der Firma konsalt GmbH. Diese hat aus den unspezifischen „Stichwortvorgaben“ (von Zettelchen an Metaplanwänden) ein Protokoll verfasst. Daraus soll eine Vorgabe für einen vom Investor verantworteten Architekturwettbewerb erstellt werden. (...)

Die Planwerkstatt verlief wie von uns befürchtet:

Die Teilnehmenden wurden auf verschiedene Gruppen aufgeteilt und auf Nebenschauplätze orientiert (Parkplätze, Bäume usw.), die mit dem Bebauungsplan-Verfahren im eigentlichen Sinne gar nichts zu tun haben. (...)

Gegen Ende der Planwerkstatt wurden dann die Interessen der EigentümerInnen und Investoren offensiv eingebracht.

Soll am Ende dabei herauskommen, dass der Bürgerwille verbogen wird?

Und damit es auch profitabel wird: soll höher und massiver gebaut werden dürfen?

Zum Schluss der Planwerkstatt wurden BürgervertreterInnen in die Jury gelost. (...)

Es bleibt im Dunklen, was aus dem Bezirksversammlungsbeschluss „...hinsichtlich der Höhenentwicklung und Baukörpermasse ...“ wird. (siehe Bürgerbegehren) (...)

Nicht nur am Spritzenplatz werden wir sehen, ob Politik und Verwaltung das Vertrauen der BürgerInnen wirklich zurückgewinnen wollen, oder ob sich diese Worte Herrn Gerdemanns (Baudezernent in Altona, Anm. ALiNa) bei der Planwerkstatt als leere Worthülsen erweisen.

Wer die Broschüre nicht erhält, kann den Bericht der Initiative – was bringt die Planwerkstatt? ausführlich auf der Web-Site des Altonaer Manifests nachlesen:

<http://www.altonaer-manifest.de/spritzenplatz.php>



Bücherkiste Links



Die LINKE und das Regieren

Kaum ein Thema wird innerhalb und z.T. auch außerhalb der LINKEN so leidenschaftlich diskutiert wie die Frage nach Regierungsbeteiligung. Sollen sozialistische Parteien Regierungskoalitionen mit Sozialdemokraten und Grünen eingehen? Und wenn ja, unter welchen Bedingungen? Diese Diskussion ist so alt wie die Parteien der Arbeiterbewegung. Welche Strategie und welche Taktik ist die richtige, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern? 25 deutsche und internationa-

le Autorinnen und Autoren beleuchten das Thema historisch und aktuell. So werden etwa im ersten Teil die Debatten in der sozialistischen Arbeiterbewegung zwischen Rosa Luxemburg und den französischen Sozialisten oder zur Regierungsfrage in der Kommunistischen Internationale wieder gegeben.

Rosa Luxemburg hat sich zu verschiedenen Anlässen immer wieder ablehnend zur Regierungsbeteiligung geäußert. Während sie es zum Beispiel äußerst wichtig fand, dass die Sozialdemokratie an Wahlen teilnimmt und als Opposition im Parlament agiert, wies sie auf den Unterschied von Parlaments- und Regierungsbeteiligung hin, z.B. „... Ein Sozialdemokrat, der dieselben Reformen als Mitglied der Regierung, das heißt gleichzeitig bei aktiver Unterstützung des bürgerlichen Staates im Ganzen anstrebt, reduziert tatsächlich seinen Sozialismus im allerbesten Falle auf bürgerliche Demokratie und bürgerliche Arbeiterpolitik. Während daher das Vordringen der Sozialdemokratie in der Volksvertretung zur Stärkung des Klassenkampfes, also zur Förderung der Sache des Proletariats führt, kann ihr Vordringen in die Regierungen nur die Korruption und Verwirrungen in den Reihen der Sozialdemokratie zum Ergebnis haben.“ (Zitat aus: Eine taktische Frage, 1899 GW 1/1 S.483-486).

Außerdem lesen wir etwas über die Erfahrungen von Teilen der brasilianischen Arbeiterpartei (PC) Ende der 1980er Jahre mit direkter Demokratie und der Selbstorganisation einer breiten Öffentlichkeit als auch der sozialistischen Kommunalpolitik im Liverpoole Stadttrakt (1983-87).

Im zweiten Teil wird über jüngere internationale Erfahrungen, wie den Aufstieg und Niedergang der Rifondazione Comunista in Italien, die Arbeiterpartei in Brasilien, linke Parteien in Skandinavien und die Situation von Syriza in Griechenland berichtet. Mit den Ergebnissen der Koalitionseintritte von PDS und DIE LINKE in Berlin und Ostdeutschland beschäftigt sich der dritte Teil des Buches.

Zum Schluss gibt es eine Reihe von Stellungnahmen zur Regierungsfrage. Wie z.B. von Lucy Redler, Thies Gleiss, Bernd Rie-xinger, Sahra Wagenknecht und Ekkehard Lieberam. Für alle, die sich umfangreicher mit dem Thema Regierungsbeteiligung sozialistischer Parteien beschäftigen möchten, sei das Buch empfohlen.

Nach Goldschätzen graben, Regenwürmer finden
Die Linke und das Regieren
Hg: Thies Gleiss, Inge Höger, Lucy Redler, Sascha Stanicic
PapyRossa Verlag – 14,90 €

Vorgestellt von Marlit Klaus

Die ALiNa im Gespräch mit Nina, Wählerin

Nina: Ich habe mal eine Zeit gar nicht gewählt. Habe irgendwann keinen Sinn mehr darin gesehen.

ALiNa: Aber an der Bundestagswahl willst Du jetzt wieder teilnehmen?!

Nina: Klaro. Wenn ich mir vorstelle, die AFD kommt da rein, krieg ich die Krätze.

ALiNa: Ja, die sind inakzeptabel: Rassistisch, frauenfeindlich, homophob, neoliberal, rechtspopulistisch. Wo sind die denn alternativ? Die Frauen hätten sie lieber wieder am Herd. Gender-Ideologie sei verfassungsfreundlich. Dass ich nicht lache!

Nina: Genau, Frauenpower ist wichtig!

ALiNa: Und hast Du mal SPD und Grüne unter die Lupe genommen?

Nina: Ja, ich weiß, Schröder hat die Agenda 2010 verbockt. Aber Schulz spricht ja jetzt auch von einer Gerechtigkeitslücke.

ALiNa: Martin Schulz will das aber nicht zurücknehmen, er schmiert nur ein bisschen Schminke drauf. ALG Q – wenn ich das schon höre. Und 1999 beschloss Rot-Grün den Krieg gegen Ex-Jugoslawien.

Nina: Nee, Kriegsparteien wähl ich nicht!

ALiNa: SPD und GRÜNE reden nur von sozialer Gerechtigkeit. Wenn die es ernst meinen, dann könnten sie mit den LINKEN jetzt bis September noch viele Verbesserungen abstimmen: Höhere Renten, 12 € Mindestlohn, Befristungen stoppen, Bau von vielen Sozialwohnungen, 100.000 neue Pflegekräfte usw. das sagt Sahra auch. Denn jetzt hat rot-rot-grün im Bundestag die Mehrheit.

Nina: Ja, wir müssen die LINKEN stärken, die sollen den anderen mal Dampf unterm Hintern machen. Frieden, Solidarität und soziale Gerechtigkeit sind mir wichtig. Ich mache mein Kreuz bei den LINKEN.

ALiNa: Nina, das freut mich sehr. Du weißt ja, alle Jahre Kreuze machen, das ist noch keine lebendige Demokratie. Mitmachen holt die Menschen aus der Apathie heraus. Komme zu uns und/oder den zahlreichen Bürgerinitiativen in der Stadt.

Nina: Ja, gemeinsam sind wir unerträglich!



Text: Marlit Klaus und Heinz-Dieter Lechte
Grafik: Designed by freepik.com



Regelmäßige Termine

Mitgliederversammlung

Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Altona

Bezirksvorstandssitzung

Jeden dritten Montag im Monat um 19.00 Uhr
im Parteibüro Am Felde 2, 22765 Hamburg

Bezirksversammlung Altona

Jeden vierten Donnerstag im Monat um 18.00 Uhr
im Rathaus Altona, Kollegiensaal 1. Stock
Platz der Republik 1, 22765 Hamburg

Arbeitskreis Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg, Fachforum der Linken

Jeden ersten Donnerstag im Monat um 19.15 Uhr
in der Geschäftsstelle der Bürgerschaftsfraktion
Lilienstraße 15, 20095 Hamburg

Kommunistische Plattform Clara Zetkin

Jeden vierten Montag im Monat um 19:00 Uhr
im Parteibüro am Felde 2, 22765 Altona
Volker Vödisch, Telefon: 01577-245 11 70,
volker-voedisch@t-online.de
mail@uliludwig.de

Stadtteilgruppe Altona-Altstadt

Werner Haertel, Telefon: 040 – 200 54 67
jeden ersten Dienstag im Monat um 19:00 Uhr
im El Brujito, Amundsenstr. 25, 22767 Hamburg

Stadtteilgruppe Altona-Nord

Jeden zweiten Dienstag im Monat um 19:00 Uhr
im AWO Seniorenentwurf, Düppelstr. 20, 22769 Hamburg

Stadtteilgruppe Bahrenfeld

Volker Vödisch, Telefon: 01577-245 11 70,
volker-voedisch@t-online.de
Horst Schneider, horst.schneider@linksfraktion-altona.de
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Elbvororte

Jeden zweiten Dienstag im Monat um 19.30 Uhr
im Restaurant Blankenese
Schenefelder Landstraße 169 (Iserbrook), 22589 Hamburg

Stadtteilgruppe Flottbek

Hasan Burgucuoglu, Telefon 0176-49380450 oder
Nico Scharfe, Telefon 0176-49151942
nächstes Treffen bitte erfragen

Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf

Jeden dritten Mittwoch im Monat um 19.30 Uhr
im Stadtteilhaus Lurup (LeseCAFÉ),
Böverstand 38, 22547 Hamburg

So erreichen Sie uns:

Web: www.die-linke-altona.de
Mail: info@die-linke-altona.de
Tel.: 040 – 41 35 85 20
Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona
Am Felde 2 • 22765 Hamburg
Bank: DIE LINKE.Altona
Hamburger Sparkasse | BLZ 200 505 50 | Konto 1268151923
IBAN: DE44 2005 0550 1268 1519 23 | BIC: HASPDEHHXXX

So erreichen Sie die ALiNa-Redaktion:

Mail: alina@die-linke-altona.de

Impressum:

V.i.S.d.P Beate Reiß, Am Felde 2, 22765 Hamburg
Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnen die AutorInnen verantwortlich
Herausgeber: Geschäftsführender Vorstand von DIE LINKE Bezirksverband Altona
Druck: Onlineprinters GmbH, 91413 Neustadt a. d. Aisch

DIE LINKE.
BEZIRKSVERBAND ALTONA

Die Redaktion zu dieser Ausgabe

- Marlit Klaus
- Heinz-Dieter Lechte
- Volker Vödisch
- Werner Haertel
- Birger Gente

Titelbild: Das Motto des neuen Parteiprogramms: Sozial. Gerecht. Für Alle. Schau doch mal rein. Foto: DIE LINKE



Kundgebung zum Pflegenotstand am 12. Mai vor dem Altonaer Bahnhof/ehem. Bismarckbad. Fotos: DIE LINKE Hamburg